Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — **Burscheider Zeitung** — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 168 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Mittwoch, 20. Juli 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln, Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Unruhen und ihre Bekämpfung

Die Maßnahmen der Reichsregierung

In Verfolg des Demonstrationsverbots wird jetzt vielfach davon gesprochen, daß man in Kreisen der Reichsregierung noch weitergehende Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung erwägen würde.

Dazu erfährt das Contibüro aus politischen Kreisen, daß die Reichsregierung zunächst einmal abwartet, wie sich die innerpolitische Lage auf Grund des Demonstrationsverbotes gestaltet. Entsprechend der gestrigen Mitteilung der Reichsregierung erwägt man selbstverständlich, daß derartige Schritte gegebenenfalls eingeschlagen werden sollen. Insbesondere wird die von der Reichsregierung angekündigte Verschärfung des Waffengesetzes, die unter Umständen sogar die Verhängung der Todesstrafe ermöglichen soll, auf ihre juristische Durchführbarkeit im einzelnen untersucht, wobei auch mit den Ländern auf inoffiziellem Wege Fühlung genommen wird. Eine besondere Länderkonferenz ist für diesen Zweck nicht in Aussicht genommen. Man erwartet, daß die endgültige Entscheidung über diese Frage spätestens in der zweiten Hälfte dieser Woche fällt.

In Buer-Erle

beschlossen in der Morgenfrühe des Dienstags sieben Reichsbannerleute, Wahlplakate anzukleben. Um vor der Polizei und anderen Ueberraschungen sicher zu sein, gingen drei der Reichsbannerleute als Klebekolonne voraus, während die vier anderen in gewissen Abständen folgten. Nach der Darstellung der Reichsbannermitglieder, kam in der Sedanstraße plötzlich ein Mann hinzu, schlug einem der Reichsbannerleute auf die Hand und ergriff dann die Flucht, verfolgt von drei Reichsbannerleuten. Der Flüchtende verschwand in einer Toreinfahrt. Als die Reichsbannerleute ihn gestellt hatten, drehte er sich um und gab aus seiner Pistole einen Schuß ab, durch den der Reichsbannermann Schlenkhoff tödlich getroffen zusammenbrach. Er hatte einen Bruststeckschuß erhalten. Der Täter versuchte, noch einen zweiten Schuß abzugeben, doch versagte die Waffe. Einer der beiden Reichsbannerleute packte nun den Täter von hinten und konnte ihm mit Hilfe seines Kameraden die Waffe entreißen. Der Schütze erhielt nun von den Reichsbannerleuten derartige Schläge auf den Kopf, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er bis jetzt noch nicht vernehmungsfähig ist. Lebensgefahr soll nicht bestehen. Es handelt sich um den 37jährigen erwerbslosen Maschinisten Fritz Werner, der SA-Mann ist. In der Waffe befanden sich noch fünf Schuß. Außer den Reichsbannerleuten waren, so berichtet der RWP-Dienst, Zeugen des Vorfalles nicht vorhanden.

In Oberhausen

wurde bei Nacht zum Donnerstag der 20jährige SA-Mann Gensch, der von einer Goebbels-Kundgebung heimkehrte, in der Nähe seiner Wohnung von politischen Gegnern überfallen und mit einer Keule lebensgefährlich verletzt. Wegen des Verdachts, den Ueberfall auf den SA-Mann ausgeführt zu haben, wurden sechs Anhänger der „Antifaschistischen Aktion" festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt.

Schüsse auf die Schupokaserne in Wuppertal

Am Dienstag morgen gegen 3 Uhr wurden die Außenposten der Polizeiunterkünfte Waldesruh und Villa Böttinger, in der sich der weitaus größte Teil der Elberfelder Schutzpolizei befindet, beschossen und mit Steinen beworfen. Die Beamten erwiderten das Feuer. Innerhalb weniger Minuten wurden insgesamt etwa 20 Schüsse gewechselt. Die sofortige Absuchung und Ableuchtung des Geländes durch große Scheinwerfer führte zu keinem Ergebnis. Die Täter sind unter dem Schutze der Dunkelheit in dem dichten Gehölz entkommen. Von den Polizeibeamten ist bei der Schießerei niemand verletzt worden. Von welcher Seite aus der Ueberfall vorgenommen wurde, kann nicht gesagt werden.

22 Bewaffnete in Stettin festgenommen.

Laut Mitteilung des Polizeipräsidenten von Stettin wurde in der Nacht zum Dienstag von einem nach Ueckermünde entsandten Kommando der Stettiner Schutzpolizei ein Lastkraftwagen und ein Personenwagen, die mit 22 SA-Leuten aus Pasewalk besetzt waren, angehalten. Bei der Durchsuchung der Nationalsozialisten und der Kraftwagen sowie des Geländes neben der Landstraße wurden neun Pistolen und Revolver, drei Stahlrutschläger, 6 Schlächtermesser und Dolche, mehrere Gummiknüppel, Ochsenziemer, Schlagringe sowie über 100 Schuß Munition und sonstige Hieb- und Schlagwerkzeuge gefunden. Nach Angabe des Führers haben die Nationalsozialisten im ganzen 13 Pistolen mitgeführt und waren nach Altwarz zur Unterstützung dort bedrohter Parteimitglieder beordert worden. Die SA-Leute wurden festgenommen und nach dem Polizeipräsidium Stettin gebracht.

Graf Bernstorff holt Auskunft über den Vertrauenspakt

Das Wolffbüro berichtet unterm 19. Juli aus London: Der deutsche Geschäftsträger, Graf Bernstorff, hat im Auftrage seiner Regierung im Foreign Office vorgesprochen, um eingehendere Informationen über das englisch-französische Vertrauensabkommen zu erhalten. Da der Staatssekretär des Aeußern, Sir John Simon, nicht anwesend war, hatte er eine Besprechung mit einem hohen Beamten des Foreign Office.

Die Nationalsozialisten und die Reichsregierung

Die Darstellung der „Germania" über die Beziehungen der Nationalsozialisten zur Reichsregierung und Aeußerungen des Reichskanzlers von Papen gegenüber Zentrumsvertretern über Bedingungen der Nationalsozialisten für eine Koalition mit dem Zentrum ist, wie dem Contibüro von zuständiger Seite erklärt wird, im wesentlichen zutreffend. Nicht richtig allerdings ist, so heißt es in der Contimeldung, daß der Reichskanzler die Aeußerung getan haben soll, die Nationalsozialisten seien auf die Bedingung, das Zentrum müsse die Opposition gegen ihn einstellen, versessen gewesen.

Reichsbannerbeschwerde gegen Verbot einer Bundeszeitung

Gegen das vom preußischen Innenministerium auf Veranlassung des Reichsinnenministers ausgesprochene Verbot der Reichsbannerzeitung ist vom Reichsbanner Beschwerde eingelegt worden. Erneut ist betont worden, daß das beanstandete Bild nicht ein moralisches Werturteil über den Reichspräsidenten aussprechen sollte. In der Beschwerde gegen das Verbot wird weiter mit Nachdruck dagegen protestiert, daß für die ganze Dauer eines entscheidungsvollen Wahlkampfes das einzige Organ eines viele Hunderttausende von republikanischen Frontsoldaten und Kriegsteilnehmersöhnen umfassenden Bundes ausgeschaltet werde.

NSDAP und Preußenregierung

Der Landtagspräsident an den Reichskanzler

Landtagspräsident Kerrl hat am Dienstag den angekündigten Brief an den Reichskanzler von Papen gerichtet. Er teilt darin zunächst mit, daß seine Bemühungen um die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung in Preußen erfolglos geblieben seien. Für dieses Ergebnis macht er die vom verflossenen Landtag in letzter Stunde vorgenommene Geschäftsordnungsänderung verantwortlich. Die nationalsozialistische Fraktion sei durchaus bereit gewesen, die Verantwortung für die Regierungsbildung zu übernehmen und einen Kandidaten für den Ministerpräsidenten zu stellen. Sie verlange aber mit Rücksicht auf die diesem zufallende ungeheure Verantwortung, daß der Ministerpräsident vor seiner Wahl keinerlei Bedingungen zu übernehmen brauche, sondern völlige Freiheit in der Bildung des Kabinetts und der Festlegung des Regierungsprogramms behielte. Die Zentrumsfraktion habe diese Forderungen abgelehnt. Die nationalsozialistische Fraktion habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie von ihren Forderungen auch nach dem 31. Juli nicht abgehen werde. Der Fraktionsvorstand habe Auftrag gegeben zur Klageerhebung zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Geschäftsordnungsänderung vor dem Staatsgerichtshof.

Obwohl, so heißt es in dem Schreiben weiter, bei dieser Lage zur Behebung der Krise eine nochmalige Befragung des Volkes notwendig sei, habe er doch den Dreier-Ausschuß zur Beschlußfassung nicht berufen, weil von ihm eine Zustimmung zur Landtagsauflösung nicht zu erwarten sei.

Durch das infolge der Geschäftsordnungsänderung herbeigeführte Scheitern der Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung sei nunmehr der nach der Verfassung nur als Notbehelf angesehene Zustand einer geschäftsführenden, sich nicht des Vertrauens des Volkes erfreuenden Regierung zu einem Zustand von unabsehbarer Dauer erhoben, und Landtag und Mehrheit des Volkes könnten ihren Einfluß auf die Führung der Regierungsgeschäfte nicht mehr in der verfassungsmäßig gewollten Weise ausüben. Die geschäftsführende Regierung könne sich über jeden Beschluß des Landtages hinwegsetzen. Damit sei für Preußen ein Notstand hereingebrochen, der bei der bestehenden Lage durch den Landtag nicht geändert werden könne. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes könne man nicht abwarten. Der Landtagspräsident stellt vielmehr der Reichsregierung zur Erwägung, ob nicht durch den Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 eine Verordnung erlassen werden könne, durch die „dieser unwürdige, im Sinne der Mehrheit des preußischen Volkes nicht entsprechende Zustand abgeändert" werde.

Zum Schluß regt Kerrl bei der Reichsregierung an, ob nicht bis zur Wiederherstellung verfassungsgemäßer Zustände in Preußen die Polizeigewalt besser vom Reiche übernommen werde.

Staatsrat für Uniformverbot

Im Preußischen Staatsrat kam es am Dienstagabend zu einer umfangreichen politischen Aussprache, zu der der sozialdemokratische Antrag, der die Wiedereinführung des Uniformverbotes verlangt, Anlaß gab. Auch das Zentrum hatte einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung ersucht, mit allen Mitteln für die Wiederherstellung geordneter Zustände zu sorgen und in diesem Sinne auch auf die Reichsregierung einzuwirken. Insbesondere wird es als dringend notwendig bezeichnet, daß über die Beschränkung der Demonstrationsfreiheit hinaus das Uniformverbot wieder eingeführt und gegen jeden ungesetzlichen Waffen- und Sprengstoffbesitz mit unnachsichtlicher Strenge vorgegangen werde.

Die Aussprache über diese Anträge gestaltete sich außerordentlich erregt. Den sozialdemokratischen Antrag begründete **Dr. Meerfeld-Köln**, der in äußerst scharfen Ausdrücken heftige Angriffe gegen die Nationalsozialisten richtete. 99 Tote seien seit der Aufhebung des Uniformverbotes in Deutschland zu beklagen und 1125 Verwundete. Auch das neue Demonstrationsverbot werde die politischen Exzesse nicht unterbinden, solange die Uniformfreiheit weiter bestehe. Die Arbeitermassen würden zur Offensive greifen und wenn möglich an den Schändern des deutschen Namens das Strafgericht vollziehen.

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl, der als Mitglied des Staatsrates an den Verhandlungen teilnahm, hatte vor der Rede den Saal verlassen. Nach Meerfeld sprach **ein Vertreter der Kommunisten** und dann für die Nationalsozialisten **Sprenger**, der in erregten Ausführungen die Angriffe des sozialdemokratischen Vertreters zurückwies, die eine Summe von politischem Sadismus bedeuteten, wie man ihn selten erlebt habe. Sozialdemokraten, Zentrum und Kommunisten seien verantwortlich für die heutigen Zustände. Ueber die Verbrecher dieser Parteien werde nach dem 31. Juli Gericht gehalten werden.

Präsident Dr. Adenauer bemerkte, die Ausführungen der drei Vorredner hätten so starke Verstöße gegen die Ordnungsbestimmungen des Staatsrates enthalten, daß er **die Redner sämtlich zur Ordnung rufe.** Im übrigen habe sich gezeigt, daß die Ordnungsbestimmungen verschärft werden müßten.

Schilling (Ztr.) erklärt, die Nationalsozialisten hätten nicht das Recht, über Recht und Sitte ein Urteil zu fällen, solange sich in ihren Reihen Zuchthäusler und Verbrecher befänden. Sie trügen ein Großteil Schuld an der politischen Verwilderung in Deutschland.

Dr. Jarres (Arbeitsgemeinschaft) erklärte, Freiherr von Gayl lehne es ab, im Preußischen Staatsrat Ausführungen zu machen, die als amtliche Stellungnahme gewertet werden könnten. Er gab dann eine Erklärung ab, in der als Ursache der blutigen Zusammenstöße ein planmäßiges kommunistisches Vorgehen bezeichnet wird, gegen das mit allen Mitteln eingeschritten werden müsse. Von der Reichsregierung werden weitere Maßnahmen erwartet.

Brauer-Altona (Soz.) erklärte, die Reichsregierung müsse alle Mittel einsetzen, um dem Kampf der Parteien wieder eine geistige Basis zu geben.

In der Abstimmung wurde der Antrag des Zentrums mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen, nachdem die Sozialdemokraten ihren eigenen Antrag zurückgezogen hatten. Die kommunistischen Anträge wurden abgelehnt.

Die nächste Sitzung des Staatsrates ist für den 19. Sept. in Aussicht genommen.

21 Parteien zur Reichstagswahl

Die Feststellungen des Reichswahlausschusses

Der Reichswahlausschuß trat unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters Prof. Dr. Wagemann zur Prüfung und Zulassung der eingereichten Reichswahlvorschläge zusammen. Es wurden, wie amtlich mitgeteilt wird, folgende 21 Reichswahlvorschläge für gültig erklärt und zugelassen:

1. **Sozialdemokratische Partei Deutschlands,**
2. **Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung),**
3. **Kommunistische Partei Deutschlands,**
4. **Deutsche Zentrumspartei,**
5. **Deutschnationale Volkspartei,**
8. **Deutsche Staatspartei,**
9. **Bayerische Volkspartei,**
11. **Christlich-sozialer Volksdienst (evangelische Bewegung),**
12. **Deutsche Bauernpartei,**
14. **Landbund,**
15. **Deutsch-Hannoversche Partei,**
18. **Höchstgehalt der Beamten 5 000 RM. Für die Arbeitslosen und bis jetzt abgewiesenen Kriegsbeschädigten,**
19. **Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft, Unterstützungsempfängerpartei Deutschlands,**
20. **Deutsche sozialistische Kampfbewegung,**
21. **Nationale Minderheiten in Deutschland.**
22. **Nationale Liste, Großdeutsche Freiheitsbewegung gegen Faschis- und Unsozialismus,**
23. **Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen (Erwerbslosenfront),**
24. **Kampfgemeinschaft der Arbeiter u. Bauern,**
25. **Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft),**
26. **Gerechtigkeitsbewegung für Parteienverbot, gegen Lohn-, Gehalts- und Rentenkürzungen, für Arbeitsbeschaffung,**
27. **Deutsche Volksgemeinschaft.**

Diese Reichswahlvorschläge sind für gültig erklärt und zugelassen unter der Voraussetzung, daß an diese Reichswahlvorschläge angeschlossene Kreiswahlvorschläge eingereicht und zugelassen worden sind, andernfalls die zugelassenen Reichswahllisten nachträglich wieder gestrichen werden.

Es fällt auf, daß die Nummern 6, 7, 10, 13, 16 und 17 fehlen. Das erklärt sich daraus, daß diese Nummern ursprünglich für die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, das Landvolk, die Konservative Volkspartei, die Volksnationale Reichsvereinigung und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands vorgesehen waren, die indessen keine Wahlvorschläge eingereicht haben.

Die Wahlvorschläge der „Partei der Erwerbslosen — Für Arbeit und Brot, der Einheitsbewegung aller Schaffenden", des „Deutschen Staatsbürgerbundes" und einer „Katholisch-Sozialen Nationalpartei" sind entweder nicht eingereicht oder nicht als gültig anerkannt worden.

Sparkassenverordnung — Wohnungskreditanstalt

Beschlüsse des Staatsrats

Der Preußische Staatsrat befaßte sich mit der Verordnung über die Sparkassen und kommunalen Kreditinstitute. Es wurde ein Ausschußantrag angenommen, in dem der Staatsrat bedauert, daß durch die Verordnung des Reichspräsidenten die Sparkassen von den Gemeinden und Gemeindeverbänden losgelöst worden seien.

während ihnen die Haftung für die Verbindlichkeiten verbleibe. Die preußische Verordnung schränke darüber hinaus noch die Gemeinden und Gemeindeverbände in der Verwaltung der Sparkassen und Girozentralen in einer Weise ein, die mit der Selbstverwaltung der Kommunen nicht zu vereinbaren sei. Es werde den Gemeinden dadurch erschwert, die Verantwortung und Haftung für das Geschäftsgebaren dieser Anstalten zu übernehmen. Im übrigen wurde der Verordnung mit einer Reihe von Aenderungen zugestimmt.

Weiter lag dem Staatsrat die Verordnung über die preußische Wohnungskreditanstalt vor, der die Verwaltung der Hauszinssteuerhypotheken aus dem staatlichen Hauszinssteueranteil übertragen worden ist zur Gewährung oder Sicherung zweitstelliger Grundkredite und zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und der Siedlung. Hierzu wurde ein Ausschußantrag angenommen, wonach erhebliche Bedenken bestünden, ob die Begründung der Anstalt zu den vorgesehenen Zwecken von der Reichsverordnung vom August 1931, auf die sich die preußische Verordnung stützt, gedeckt werde. Der Staatsrat fordert, daß die Organisation auf den unerläßlich notwendigen Rahmen beschränkt wird und die Anstalt sich in weitestem Umfange der Mithilfe der Gemeinden und Gemeindeverbände bedient.

Raubmord in Berlin

Die 53 Jahre alte Wirtschafterin Margarethe Vierhuth wurde in der Wohnung ihrer Arbeitgeberin Frau August Ziem in der Schönhauser Allee in Berlin tot gefunden. Die Leiche lag auf dem Fußboden und wies mehrere Verletzungen auf. Allem Anschein nach liegt ein Kapitalverbrechen vor, das bereits vor acht Tagen begangen sein dürfte. Frau Ziem ist seit längerer Zeit verreist; auf einen Raubmord läßt die Durchwühlung sämtlicher Behältnisse in der Wohnung schließen.

Kein Auftreten des Kartoffelkäfers in Deutschland

Während der letzten Tage erschienen mehrfach Meldungen über angebliches Auftreten des gefürchteten Kartoffelkäfers (Colorado-Käfer) in Deutschland. So sollte der Käfer z. B. in der Gegend von Frankfurt a. M. und von Dresden festgestellt worden sein. Hierzu wird amtlich mitgeteilt, daß die Untersuchung in allen gemeldeten Fällen ergeben hat, daß es sich nicht um den Colorado-Käfer, sondern um andere harmlose Käferarten handelte. Der Kartoffelkäfer ist zurzeit nirgends in Deutschland festgestellt.

Innenpolitisches

Neue Vorschläge der Reichsregierung zur Regelung des Rundfunkwesens

Wie das Berliner Tageblatt aus authentischer Quelle wissen will, sehen die neuen Vorschläge der Reichsregierung zur Regelung des Rundfunkwesens folgende organisatorischen Maßnahmen vor: Der bisherige Reichsrundfunkkommissar und Leiter der Reichsrundfunkgesellschaft wird durch zwei gleichberechtigte Direktoren der Reichsrundfunkgesellschaft ersetzt, von denen einer vom Reichspostminister, der andere vom Reichsinnenminister ernannt wird. Beide sind Kommissare der Reichsregierung. Zu ihrer Unterstützung werden bei der Reichsrundfunkgesellschaft stellvertretende Direktoren der verschiedenen Abteilungen bestellt. Für die Geschäfte der Reichsrundfunkgesellschaft, der Dachgesellschaft des gesamten deutschen Rundfunkwesens, ist in technischen Fragen der vom Reichspostminister, für politische Fragen der vom Reichsinnenminister, ernannte Direktor zuständig. Der vom Reichsinnenminister zu ernennende Kommissar unterhält die Beziehungen zu den Staatskommissaren, die von den Ländern für die in ihrem Gebiet liegenden Sendegesellschaften zu ernennen sind. Der Reichsrundfunkgesellschaft wird ein Verwaltungsbeirat beigegeben, dessen Mitglieder vom Reichspostminister, vom Reichsinnenminister und von den Ländern Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Hamburg gestellt werden. Außerdem wird bei der Reichsrundfunkgesellschaft ein Programmbeirat von 12 bis 15 Mitgliedern bestellt, der bei politischen Programmfragen gutachtlich zu hören ist. Den Vorsitz im Verwaltungsbeirat führt der vom Reichspostminister, im Programmbeirat der vom Reichsinnenminister zu ernennende Direktor. Die Sendegesellschaften gehen restlos in den Besitz der öffentlichen Hand über. Es wird ihnen ein Programmbeirat beigegeben, dessen Mitglieder von den Länderregierungen im Einvernehmen mit dem Reiche ernannt werden. Die bisherigen politischen Ueberwachungsausschüsse fallen fort. Der Deutschlandsender wird zum Reichssender gemacht. Im übrigen wird die Angelegenheit am Montag im Reichsrat zur Sprache kommen.

Getreidehandelsklassen vor dem Reichsrat

In der nächsten Reichsratssitzung, die am Donnerstagabend stattfindet, soll die Verordnung über Handelsklassen für Weizen, Roggen, Futtergerste und Hafer beraten werden. Dazu gehören auch die Ausführungsbestimmungen über die Gutachterstellen für Handelsklassen. Sonst stehen nur weniger wichtige Vorlagen auf der Tagesordnung.

Die Reichsregierung hat jedoch dem Reichsrat inzwischen eine ganze Anzahl weiterer Gesetzentwürfe zugehen lassen, die zunächst in den Ausschüssen des Reichsrats beraten werden. Wieder eingebracht ist das einheitliche Wechselgesetz, das auf den internationalen Abkommen von 1930 beruht und vom Reichstag vor seiner Auflösung nicht mehr verabschiedet werden konnte. Da im Reichsrat damals eine ausführliche Beratung vorangegangen war, so hat für diesen die Wiedereinbringung des Entwurfs nur formelle Bedeutung; man kann mit einer schnellen Zustimmung des Reichsrats rechnen. Weiter ist dem Reichsrat jetzt auch das 1931 unterzeichnete internationale Abkommen über die Vereinheitlichung des Scheckrechts und das vor Ausführung dieses Abkommens notwendige neue deutsche Scheckgesetz als Vorlage zugegangen. Die Ausschüsse des Reichsrats beschäftigen sich gegenwärtig ferner mit einer Reihe Ausführungsverordnungen zum Lebensmittelgesetz. Für eine Reihe von Nahrungsmitteln sind bereits Richtlinien darüber erlassen, wann ein Gegenstand als verfälscht anzusehen ist. Aehnliche Bestimmungen sollen nun jetzt geschaffen werden für Obsterzeugnisse, Kakao und Kakaoerzeugnisse, Speiseeis, Essig und Essigessenz.

Schließlich ist dem Reichsrat die Verordnung über Zolländerungen vom 16. Juni 1932 vorgelegt worden, die sich gegen das ausländische Holzdumping richtet. Die neuen Zölle sind bereits in Kraft getreten, nach dem Wortlaut der Ermächtigungsverordnung müssen aber solche Verordnungen dem Reichsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt und sein Verlangen aufgehoben werden. Dieser Pflicht kommt die Reichsregierung durch die Vorlegung der Verordnung nach.

v. Papen berät mit Hirtsiefer und Severing

Einer für Mittwoch anberaumten Besprechung des Reichskanzlers von Papen mit den preußischen Ministern Hirtsiefer und Severing wird allenthalben mit größter Spannung entgegengesehen, um so mehr, als sich die Oeffentlichkeit jetzt mit besonderem Interesse mit den weiteren innerpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung beschäftigt. Wie das Contibüro dazu aus gut unterrichteter Quelle erfährt, hält die Reichsregierung nach wie vor an der Absicht fest, zunächst die Auswirkungen des Demonstrationsverbotes abzuwarten. In der Konferenz dürfte es sich daher auch lediglich darum handeln, die Lage mit den Herren der Preußenregierung zu besprechen.

In der Berliner Presse spricht man allerdings mit größter Bestimmtheit davon, daß sich die Reichsregierung mit der Absicht trage, für Preußen einen Reichskommissar zu bestellen, was nach diesen Nachrichten noch in dieser Woche geschehen soll. Es wird davon gesprochen, daß ein Zivilkommissar des Reiches für Preußen eingesetzt werden soll, dem dann die gesamte preußische Verwaltung unterstehen würde. Maßnahmen anderer Art wären einstweilen nicht beabsichtigt. Man meint, daß hierfür eine rechtsstehende Persönlichkeit ohne ausgesprochenen parteimäßigen Charakter, etwa ein Oberbürgermeister oder ein höherer Verwaltungsbeamter, ausersehen werden soll. Hierzu ist, wie das genannte Büro meldet, zu sagen, daß die Reichsregierung schon einmal angekündigt hat, eventuell die Strafbestimmungen im Schußwaffengesetz zu verschärfen. Darüber hinaus sind auch die Möglichkeiten der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen und Verhängung des Ausnahmezustandes gegeben. Es muß aber, so wird ausdrücklich versichert, hervorgehoben werden, daß seitens der Reichsregierung nach dieser Richtung hin noch keinerlei Beschlüsse gefaßt worden sind.

Die Meinung der deutschen Ernährungsminister

Die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der deutschen Länder, die unter dem Vorsitz des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Braun, am 19. Juli in München stattfand, befaßte sich, nach Mitteilung von zuständiger bayerischer Seite, eingehend mit der schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft und den dadurch bedingten ernsten Rückwirkungen auf die gesamte Wirtschaft. Im Anschluß an ein einleitendes Referat des Reichsernährungsministers wurden in mehrstündiger Beratung die wichtigsten aktuellen Fragen durchgesprochen.

Man war u. a. der Auffassung, daß es in unserer Lage nicht angängig sei, die bäuerliche Veredlungswirtschaft auch weiter nur ungenügend geschützt der Weltkrise auszusetzen. Gelänge es nicht in Kürze, hier Hilfe zu schaffen, so dürfte auch die Gefahr der Produktionseinschränkung und daraus folgend die Gefahr von Versorgungsschwierigkeiten und untragbaren Preissteigerungen nicht unterschätzt werden. Unter diesem Gesichtswinkel begrüßte die Konferenz die Lösung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, die Beseitigung der Zwischenzölle für Speck und Schmalz und die Kontingentierung der Frühkartoffeleinfuhr als einen Anfang zur Errichtung eines wirksameren Schutzes der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die Konferenz gab der Erwartung Ausdruck, daß auf diesem Wege mit Tatkraft fortgeschritten würde, zumal die unverändert anhaltenden prokektionistischen Tendenzen in der Welt und die unverminderte Weltkrise immer mehr auf die Wiederherstellung und Pflege des Binnenmarktes hinweisen. Würde der Binnenmarkt in nächster Zeit nicht mit Entschlossenheit geschützt, so würde er unter dem Einfluß der Weltkrise weiter verarmen und schließlich völlig zerstört werden.

85 000 Kilo Kaffee geschmuggelt

In Hamburg hat die Zollfahndungsstelle einen großangelegten Zollschmuggel in Kaffee aufgedeckt. Seit Oktober 1931 sind in einem Lastkraftwagen, einem Möbelwagen und einem Motorkahn, die mit geheimen Fächern versehen waren, etwa 85 000 Kilo Kaffee geschmuggelt worden. Acht Personen wurden verhaftet.

Die rumänischen Kammerwahlen

Nach dem vom Hauptwahlbüro errechneten endgültigen Ergebnis der Wahlen zur rumänischen Kammer entfallen von insgesamt 387 Mandaten auf die Nationale Bauernpartei 277, Liberale Partei 28, Liberale Partei Georg Bratianu 13, Bauernpartei Lupu 12, die von Cuza geführte Antisemitische Liga 11, Ungarische Partei 14, Nationale Agrarpartei Goga 7, Sozialdemokraten 6, „Eiserne Garde" 5, Juden 5, Volkspartei (Averescu) 4, Nationale Union unter Jorga Argetoianu 5 Mandate.

Der freiwillige Arbeitsdienst

wie ihn der Reichskommissar auffaßt

Der zum Reichskommissar für den Arbeitsdienst ernannt Präsident Dr. Syrup erläuterte vor Vertretern der Presse die Aufgaben des freiwilligen Arbeitsdienstes, der künftig

Die jungen Deutschen zusammen

ohne Unterschied der Herkunft, der Berufsbildung und der Weltanschauung zusammenfassen soll zu gemeinsamer nutzbringender Arbeit für die Volksgemeinschaft. Innerhalb dieses erweiterten Personenkreises müsse die arbeitslose Jugend eine besondere Berücksichtigung erfahren.

Eine weitere wesentliche Aenderung bestehe darin, daß künftig allgemein bei volkswirtschaftlich wertvollen Maßnahmen die Höchstdauer, für die der einzelne Arbeitsfreiwillige gefördert werden kann, von bisher 20 Wochen auf 40 Wochen ausgedehnt worden ist.

Im Mittelpunkt des Arbeitsdienstes müsse die

ernsthafte Arbeit

stehen. Entscheidend für das Gelingen dieser hochgesteckten Ziele sei die Lösung der

Führerfrage.

Schematismus und Bürokratismus jeder Art seien gerade auf diesem Gebiet vom Uebel. Man könne bereits beobachten, daß Führertypen besonderer Prägung sich herauszubilden beginnen. Ich halte es, betonte Dr. Syrup, für meine Aufgabe, diese Entwicklung mit Nachdruck zu unterstützen. Die 55 Millionen Mark, die bisher für die Zeit bis zum 31. März nächsten Jahres zur Verfügung stehen, ermöglichen bei einer Förderung bis zu zwei Reichsmark je Kopf und Arbeitstag, etwa 30 Millionen Tagewerke im freiwilligen Arbeitsdienst auszuführen. Trotz dieser begrüßenswerten Ausdehnung des Arbeitsdienstes wird sich die breite Oeffentlichkeit darüber klar sein müssen, daß die Not des kommenden Winters noch darüber hinaus Gegenstand ernster Anstrengungen und lebhafter Sorge sein muß.

Dr. Syrup schloß: Auf Grund der Erfahrungen der nächsten Monate werde ich der Reichsregierung das gewünschte Gutachten darüber erstatten, ob und unter welchen Voraussetzungen die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht in Deutschland geboten ist.

In Ergänzung der Ausführungen des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst erfahren wir, daß schon auf Grund der ersten Veröffentlichungen über den freiwilligen Arbeitsdienst den beteiligten Stellen eine solche Anzahl von

Angeboten aller Art,

sowohl an Menschen, wie auch an Material, gemacht worden ist, daß deren Bearbeitung die Arbeitskräfte der beteiligten Stellen fast vollkommen lahmlegen würde. Da aber erst der Verwaltungsapparat für den freiwilligen Arbeitsdienst so klein und billig wie möglich gehalten werden muß, dient es nur der Sache, wenn solche Angebote sich nicht wiederholen.

Meuterei in einer peruanischen Stadt

In Huara brach eine Meuterei aus. Aufrührer unter Führung des Majors Lopez Mindreau bemächtigten sich der Stadt. Regierungstreue Truppen warfen aber die Angreifer wieder aus der Stadt und trieben sie in die Flucht.

Anschlag auf Dr. Luther vor Gericht

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte begann der Prozeß gegen den 59 Jahre alten Rechtsanwalt Dr. Roosen und den 34-jährigen Volkswirtschaftler Werner Kertscher, die am 9. April d. J. auf dem Potsdamer Bahnhof einen Revolveranschlag auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther verübten.

Bei der Vernehmung der Angeklagten gab Dr. Rosen eine ausführliche Schilderung seines recht bewegten Lebens. Er wurde in Buenos Aires geboren, besuchte in Wandsbeck bei Hamburg das Gymnasium, wurde Referendar am Kammergericht und Assessor beim Oberlandesgericht in Hamburg. Zum Doktor promovierte er in Heidelberg und ließ sich dann in Hamburg als Anwalt nieder. 1908 übersiedelte er nach Berlin, wo er sich mit Finanzgeschäften befaßte. Nebenher beschäftigte er sich mit Finanzreformplänen und trat auch publizistisch hervor. Politische Beweggründe oder Hintergründe für ihr Vorgehen existierten nicht. Bei der Ausarbeitung des Währungsprogramms habe er sich mit Werner Kertscher angefreundet. Er habe erkannt, daß es mit dem Programm allein nicht getan sei; man müsse auch das Rüstzeug schaffen, um das Programm zu festigen und wirtschaftlich zu fundieren. Es gäbe keinen Mann von Bedeutung, den er nicht bearbeitet habe, ohne daß er damit hätte durchdringen können. Zuletzt habe er sich nur mit der Attacke auf die Reichsbank beschäftigt. Ueber die Tat selbst machte er trotz einiger Hinweise des Vorsitzenden keine näheren Angaben.

Die Vernehmung des zweiten Angeklagten Werner Kertscher beschränkte sich auf die Feststellung seines Bildungsganges.

Nach der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses stellte dann Dr. Roosen den Antrag, ihn sofort aus der Haft zu entlassen. Die Tat selbst sei ein kanariengelber Unsinn, die kein Mensch verstanden habe, und das sei gerade der Zweck gewesen, um diese Verhandlung zu erreichen. Die Verteidigung begründete dann seinen Antrag juristisch.

Der Antrag Dr. Roosens auf Haftentlassung wurde abgelehnt; ferner gab der Vorsitzende bekannt, daß Reichsbankpräsident Dr. Luther als Nebenkläger zugelassen wurde.

Dr. Rosen verlas dann eine schriftliche Niederlegung, in der der Hergang des Anschlags auf Dr. Luther und die Beweggründe ausführlich geschildert werden.

Die ersten Zeugen, mehrere Bahnbeamte, bestätigen die Darstellung des Angeklagten. Es folgte eine kurze Vernehmung des Angeklagten Kertscher über seine Beziehungen zu dem früheren Reichsfinanzminister Dr. Helfferich.

In der Nachmittagsverhandlung wurde der Nebenkläger, Reichsbankpräsident Dr. Luther, als Zeuge vernommen. Er berichtete über den Anschlag am Abend des 9. April auf dem Potsdamer Bahnhof. Die Frage eines Verteidigers nach der banktechnischen Vorbildung des Nebenklägers wurde auf Einspruch der Staatsanwaltschaft als für den subjektiven Tatbestand unerheblich abgelehnt, desgleichen eine ganze Reihe von Fragen, die der Angeklagte bezüglich der fachlichen Vorbildung der Sprachkenntnisse an den Nebenkläger stellte.

Der Staatsanwalt unterbrach schließlich die Fragestellung des Angeklagten, da das Gericht nicht dazu da sei, über währungspolitische Fragen Beweis zu erheben, sondern nur den Tatbestand der Vorgänge am 9. April zu klären habe.

Reichsbankpräsident Dr. Luther erklärte dazu, daß für ihn der Tatbestand so liege, daß ein Mann, der mit seinen Ansichten nicht durchgedrungen sei, zur Waffe greife, um auf einen hohen Beamten zu schießen, nur um eine Gerichtsverhandlung herbeizuführen, in der er seine Ansichten verbreiten könne. Dazu seien die ordentlichen Wege da. Wenn diese nicht zum Ziele führten, müsse man eben als Staatsbürger verzichten.

Da bei diesen Ausführungen im Zuhörerraum gelacht wurde, drohte der Vorsitzende die Räumung an.

Das Gericht beriet sodann über die Zulassung der Beweisanträge und einen neuerlichen Haftentlassungsantrag und beschloß, die Vollstreckung der Verhaftung vorläufig zunächst bis Mittwoch auszusetzen, um den Angeklagten Gelegenheit zu geben, ihre Beweisanträge vorzubereiten. Dieser Beschluß wurde von den Zuhörern mit Händeklatschen aufgenommen.

Der Reichsbankpräsident-Attentäter vor Gericht



Die Attentäter auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, Dr. Rosen (rechts) und Werner Kertscher (links)

Tödlicher Absturz eines Segelfliegers in der Rhön

Der Pilot der Schlesiergruppe des Deutschen Luftfahrtverbandes, der junge Breslauer Student Rüdiger-Liegnitz, ist, wie der WTB.-Sportdienst meldet, auf der Wasserkuppe mit seinem Apparat „Der Senator" abgestürzt. Rüdiger war sofort tot, während die Maschine, die, wie Augenzeugen berichten, bereits in der Luft ihre Tragflächen verloren hatte, völlig zu Bruch ging. Als Ursache des Unglücksfalles vermutet man einen Defekt der Steuerung.

Deutschland und das holländisch-belgisch-luxemburgische Zollabkommen

Zu einer Meldung über die Unterzeichnung des holländisch-belgisch-luxemburgischen Zollabkommens, in der davon die Rede ist, die beteiligten Regierungen hätten sich davon überzeugt, daß die verschiedenen interessierten Staaten keine Einwendungen gegen das Abkommen erhoben haben, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß die deutsche Regierung von dem Inhalt und dem Abschluß des Abkommens amtlich überhaupt noch nicht in Kenntnis gesetzt worden ist, und daß sie deshalb auch noch gar nicht hat Stellung nehmen können. Die deutsche Regierung steht zwar, wie bekannt, allen Bestrebungen, die auf einen wirtschaftlichen Zusammenschluß europäischer Staaten und auf eine Vergrößerung der Märkte gerichtet sind, grundsätzlich positiv gegenüber. Die deutsche Regierung wird aber natürlich, sobald ihr der Inhalt des Abkommens in allen Einzelheiten amtlich bekanntgegeben worden ist, in eine sorgfältige Prüfung eintreten müssen, inwieweit deutsche Ausfuhrinteressen durch dieses Abkommen berührt werden. Erst dann wird eine Entscheidung darüber getroffen werden können, ob Deutschland dem holländisch-belgischen Abkommen vom Standpunkt des deutsch-holländischen und deutsch-belgischen Handelsvertrages zustimmen kann, oder ob es sich seine Meistbegünstigungsrechte aus den genannten Verträgen wird vorbehalten müssen.

Gleichberechtigung beiseite geschoben

Die vergeblichen Abrüstungsverhandlungen

Aus Genf, 19. Juli, wird berichtet: Die Beratungen über die Entschließung, mit der die Abrüstungskonferenz vorläufig abgeschlossen werden soll, wurden heute vormittag fortgesetzt. Es fanden Einzelbesprechungen zwischen den amerikanischen, englischen und französischen Delegationsführern statt. Herriot hatte eine Unterredung mit dem Konferenzpräsidenten Henderson.

Die Seerüstungsfragen spielen in den Besprechungen keine besondere Rolle mehr. Im Herbst sollen die fünf Hauptmächte (Amerika, Japan, England, Frankreich, Italien) in London die Beratungen über den Hooverplan aufnehmen.

Die Annahme, daß zwischen der amerikanischen und der französischen Delegation eine Annäherung in der Frage der bewaffneten Streitkräfte (effektive) sich angebahnt habe, scheint sich zu bestätigen.

In den privaten Besprechungen ist man auch heute bemüht, die Lücken des Beneschen Resolutionsentwurfes hinsichtlich der schweren Artillerie, der Tanks und des Bombenabwurfes, zu schließen. Bis heute nachmittag sind die Kompromißversuche, die seit gestern gemacht werden, die zum Teil nicht unerheblichen Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, anscheinend nicht sehr erfolgreich gewesen. Bezüglich der schweren Artillerie scheint man sich jetzt dahin geeinigt zu haben, daß die feststehenden Geschütze überhaupt nicht kalibermäßig begrenzt oder herabgesetzt werden sollen. Ueber den Bombenabwurf aus der Luft, dessen uneingeschränktes Verbot die Amerikaner bisher verlangt haben, scheint ein Kompromiß in der Richtung der englischen und französischen Wünsche, die eine bloße Reglementierung des Bombenabwurfes wollen, gesucht zu werden.

Der Genfer Resolutionsentwurf fertig

Das Conkibüro meldet aus Genf, 19. Juli: Die privaten Besprechungen zwischen der amerikanischen, englischen und italienischen Delegation über den Resolutionsentwurf, der dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz vorgelegt werden soll, sind mit einer gemeinsamen Sitzung der vier Mächte am Sitz der englischen Delegation abgeschlossen worden. Der Text der Resolution wird den übrigen Delegationen zugeleitet. Für Mittwoch nachmittag ist eine öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Konferenz vorgesehen.

Der zwischen den vier Mächten vereinbarte Text enthält mit unwesentlichen Abänderungen die bereits bekannten Grundgedanken des Entwurfes, den der Berichterstatter der Konferenz, der tschechoslowakische Außenminister Benesch, ausgearbeitet hat. Auch die Formulierung, in der die Frage der Gleichberechtigung beiseitegeschoben wird, soll in den Text übergegangen sein.

Der deutsche Delegierte auf der Abrüstungskonferenz, Botschafter Nadolny, hatte heute abend nach Abschluß der Viermächteberatungen eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot.

In einer Meldung der Tel.-Union aus Genf heißt es:

Die deutsche Abordnung hielt am Dienstag mehrfach interne Besprechungen über die Stellungnahme zu der erwarteten Vertagungsentschließung ab.

Die deutsche Abordnung steht jetzt vor der außerordentlich ernsten Frage, ob eine weitere Mitarbeit an der Konferenz überhaupt noch möglich ist. Es zeigt sich, daß die seit fünf Monaten hinausgezögerte Inangriffnahme der Gleichberechtigungsfrage sich jetzt in verhängnisvoller Weise auswirkt. Die Konferenz kann zu einer eindeutigen Stellungnahme zu der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung nur noch dann gezwungen werden, wenn die deutsche Regierung jetzt einen dahingehenden Antrag beim Präsidium der Konferenz einbringt. Ob ein derartiges Vorgehen von deutscher Seite erfolgt, steht aber noch nicht fest.

Der Haushaltsausschuß der Abrüstungskonferenz befaßte sich am Dienstag mit dem deutschen Wehrhaushalt. An die deutsche Abordnung sind von verschiedenen anderen Abordnungen insgesamt 182 Fragen über den deutschen Wehretat gestellt worden, die von der deutschen Abordnung in schriftlicher Form beantwortet worden sind.

Zwischenfall im Finanzausschuß des österreichischen Nationalrats

Im Finanzausschuß des österreichischen Nationalrates, der das Nachtragsbudget verhandelt, kam es zu einem Zwischenfall. Während einer Rede des Abgeordneten Glöckel machte ein bäuerlicher christlich-sozialer Abgeordneter einen Zwischenruf, auf Grund dessen sich eine längere Auseinandersetzung entwickelte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Bauer, der eben den Saal betrat und der Meinung war, daß die Auseinandersetzung sich mit dem Heimatblock-Abgeordneten Heinzl entwickelt habe, machte die Bemerkung: „Ach, lassen Sie doch diesen Revolverhelden." Daraufhin ergriff Abgeordneter Heinzl einen Streichholzbehälter und warf ihn dem Abgeordneten Dr. Bauer an den Kopf. Dr. Bauer erlitt eine blutende Schläfenwunde. Es entstand ein ungeheurer Lärm. Der Präsident und der Obmann des Ausschusses, der christlich-soziale Abgeordnete Kollmann, suchten zu vermitteln, und dem Obmann des Ausschusses gelang es endlich, den Abgeordneten Heinzl zum Verlassen des Saales zu bewegen. Da die Sozialdemokraten sich außerstande erklärten, nach dem Zwischenfall weiter zu verhandeln, wurde die Sitzung geschlossen.

Die Aufhebung der Stelle eines Ministerialdirektors der Reichskanzlei

Das Wolffbüro meldet aus Berlin, 19. Juli: Aus organisatorischen Gründen ist in dem Haushaltsgesetz für 1932 die Stelle des Ministerialdirektors in der Reichskanzlei nicht mehr vorgesehen. Infolgedessen hat der Reichspräsident den bisherigen Inhaber dieser Stelle, Ministerialdirektor Dr. von Hagenow, in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Die hiermit eingeleiteten Veränderungen in der Reichskanzlei haben ferner zum Fortfall der Stellen von zwei beamteten Hilfsarbeitern geführt. Der Reichskanzler hat heute an diesen verdienten Beamten anläßlich seines Ausscheidens aus dem Reichsdienst ein Dankschreiben gerichtet.

Neue Vereinbarung mit der Schweiz über den Waren- und Devisenverkehr

Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung sind nunmehr zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Importeuren Schweizer Waren wird auf Antrag die Genehmigung gegeben werden, über ihre Devisenkontingente hinaus auf ein Sonderkonto bei der Deutschen Reichsbank zugunsten der Schweizer Nationalbank in einem bestimmten Umfange Reichsmarkzahlungen vorzunehmen. Ueber das Sonderkonto wird zur Bezahlung deutscher Waren, die nach der Schweiz ausgeführt werden, verfügt werden. Die schweizerische Regierung wird u. a. die Einfuhr der sogenannten Kompensationswaren (Malz, Zucker, Kohle) aus Deutschland in der bisherigen Höhe auch für die Monate Oktober, November und Dezember sicherstellen. Das Reiseabkommen wird bis zum Ende Dezember verlängert. Weiter ist deutscherseits eine Herabsetzung der Zölle für gewisse Vorhangstoffe, schweizerischerseits die Herabsetzung der Zölle für Spielwaren (ausgenommen solche aus Holz oder Aluminium) zugesagt. Das Abkommen tritt am 1. August in Kraft und gilt bis Ende Dezember 1932. Weitere Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen werden im September gepflogen werden.

Der Streit um Grönland

Norwegen ruft Haager Schiedsgericht an

Das norwegische Außenministerium teilt mit: „Die dänische Regierung hat in einer Note vom 14. Juli die Rechtsgültigkeit der norwegischen Okkupation auf Südostgrönland bestritten und erklärt, daß sie diese Maßnahme der norwegischen Regierung als einen unberechtigten Uebergriff und als eine Kränkung des bestehenden Rechtszustandes betrachte. Die norwegische Regierung hat die Angelegenheit deswegen durch ihre Gesandtschaft im Haag dem Ständigen Schiedsgerichtshof mit der Erklärung unterbreitet, daß die Einbeziehung dieses Gebietes unter norwegische Staatsoberhoheit als rechtsgültig und das Gebiet als norwegisches Territorium anzuerkennen sei. Gleichzeitig hat die norwegische Regierung den Gerichtshof ersucht, in Uebereinstimmung mit seinen Statuten und seinem Reglement vorläufig die dänische Regierung anzuhalten, gegenüber norwegischen Staatsangehörigen innerhalb dieses Gebietes sofort jede Gewaltanwendung zu unterlassen."

Hier fanden die Altonaer Straßenkämpfe statt



Ein Blick in die Marienstraße Ecke Große Johannisstraße in Altona, in der der Straßenkampf besonders heftig tobte. Nach den Unruhen stehen die Bewohner lebhaft diskutierend in den Straßen, während immer noch Polizeiwagen die Unruhegegend abfahren

Der Schnitt durch das belgische Heer
Die vlämische Sprache in der Armee

Von **Gerhard Wiester.**

Seitdem das Flamentum sich zum Kampfe gegen die wallonisch-französische Bevormundung aufgerafft hat, seitdem dieser Freiheitskampf nicht mehr die Angelegenheit einiger verdienstvoller Schriftsteller und Einzelgänger ist, sondern eine immer stärker wachsende Volksbewegung, sagen wir: etwa seit fünfzehn, zwanzig Jahren, haben die Flamen unter Führung von Dr. August Borms und anderen Männern zäh und zielbewußt eine Stellung nach der andern für ihr Volkstum erobert, und sie stehen heute noch mitten im Sturmangriff. Er wird zwar nicht mit der Heftigkeit geführt, wie dieses Wort vermuten lassen könnte, aber er kennt an Zähigkeit und duldsamer Aktivität kaum seinesgleichen. Es hat an Rückschlägen nicht gefehlt, der schlimmste war der Ausgang des Weltkrieges. Bremsend haben die Zentralbehörden und Parlamente in Brüssel, die Verwaltung in den flämischen Landesteilen, selbst Ueberängstliche und Uebervorsichtige im eigenen Lager immer wieder den Vormarsch gehemmt, aber die Saat ist trotz der Trübwetterzeiten zur Ernte gereift. Eines der vornehmsten und auch bemerkenswertesten Ziele des flämischen Kampfes war das Heer.

Wir wissen, welche Rolle die belgische Armee im Großen Kriege gespielt hat, welche Rolle ihr durch den Militärpakt mit Frankreich von 1921 für die Zukunft zugedacht ist, — eine Rolle, die durch die Fortsetzung des französischen Festungsgürtels über Namur, Lüttich, Eben-Emael und Antwerpen bis Gent und die damit verbundene

vollständige Eingliederung in das französische Verteidigungs- und Angriffssystem

genügend gekennzeichnet ist. Weniger bekannt mag sein, daß es in der belgischen Armee

schon in den Schützengräben von Flandern eine starke flämische Bewegung

gab, die erkannte, daß die Flamen auf der falschen Seite die Frontstellung bezogen hatten, und daß diese Soldaten, deren Gesinnung nicht geheim geblieben war, von dem General Bernhard

in das deutsche Trommelfeuer am Houtholster Wald getrieben

wurden mit der zur Wirklichkeit gewordenen Absicht, daß diese jungen Flamen vollkommen vernichtet wurden. Tausende und Abertausende fielen, kein Tag des Krieges hat Belgien entfernt soviel Menschen gekostet wie dieser, aber das Ziel des Generalstabes wurde erreicht: die Pioniere des flämischen Freiheitskampfes im Heere waren von den Granaten zerrissen. Wir wollen hier nicht die ganze Schandgeschichte berichten, wie die belgische Verwaltung die von den Flamen ihren Brüdern gesetzten Kreuze ausreißen und zur Straßenpflasterung benutzen ließ, und nicht die symbolische Heldentat der Flamen, die das Straßenpflaster wieder aufrissen und aus den Steinen das große Ehrenmal von Dixmuiden, das Wahrzeichen des flämischen Freiheitskampfes, bauten.

Wir wollen uns der Gegenwart zuwenden, wollen sehen, welche Rolle heute das flämische Element in der belgischen Armee spielt. Den belgischen Rekruten steht es heute frei, sich die Ausbildungssprache zu wünschen:

Französisch, Flämisch oder Deutsch.

Zum dritten Male haben die frischen Soldaten die Wahl vollzogen. Der Erfolg hat ebenso wie 1930 und 1931 das Recht der Flamen auf die eigene Kommandosprache belegt und bewiesen, daß Flandern ein einsprachiges Gebiet ist.

Von 40 646 Rekruten verlangten 21 682 das Flämische, 18 688 das Französische und 276 das Deutsche als Ausbildungssprache

Der deutsche Anteil entspricht nicht dem deutschen Volksanteil, er ist darum so gering, weil nur den Rekruten aus dem Gebiete von Eupen und Malmedy, in denen man sehr sparsam aushebt, das Deutsche zur Wahl freisteht, nicht aber den Deutschsprachigen aus den Provinzen Lüttich und Luxemburg, in denen mehr als zwei Drittel der deutschsprachigen belgischen Staatsbürger wohnen.

Im flämischen Gebiet forderten 19 489 Soldaten eine flämische, 1365 eine französische Ausbildung, im wallonischen Gebiet 216 eine flämische, 14 317 eine französische und 267 eine deutsche Kommandosprache. Im gemischtsprachigen Brüssel wollten 1997 flämisch, 2996 französisch ausgebildet werden. Dabei gibt es unter den Rekruten, die eine französische Ausbildung verlangen, noch eine ganze Reihe heimattreuer Flamen. In dem zwar volksmäßig überwiegend flämischen, aber in seiner Verwaltung und als Zentralsitz des Verkehrs und anderer Staatsunternehmen fast rein französischsprachigen Brüssel erleichtert die Kenntnis der französischen Sprache praktisch und gunstmäßig den Aufstieg in der Beamtenlaufbahn. Auch gerade in Westflandern haben sich noch viele Rekruten für das Französische entschieden: 665 von insgesamt 5079. Westflandern ist die Provinz, die die meisten Gendarmen stellt, von denen man noch immer die Kenntnis des Französischen fordert. Daß der Staatsdienst viele sich für die französische Ausbildungssprache entscheiden läßt, wird auch klar, wenn man die Zahl der Rekruten nach ihrer verschiedenen Dienstzeit aufgliedert. Im flämischen Gebiet verlangten von den Rekruten mit 12 bis 13 Monaten Dienstzeit 8425 das Flämische, 781 das Französische, von denen mit 8 Monaten Dienstzeit 11 044 das Flämische, 584 das Französische als Ausbildungssprache, also bei den ersteren, die zu Reserve-Charaierten ausgebildet werden und eine Art Militäranwärterrecht erhalten, über ein Elftel, bei den anderen aber, und das sind fast restlos Jungens aus dem Volk, nur ein Zwanzigstel.

Das Recht der eigenen Ausbildungssprache

ist den Flamen keineswegs in den Schoß gefallen. Es hat langer und harter Kämpfe bedurft, ehe ihnen dieses Recht, obwohl sie die Mehrheit im Lande bilden, zuerkannt wurde. Den letzten Druck setzten

die flämischen Dienstverweigerer

an, die sich gegen französische Kommandos einfach taub stellten und darauf zuerst von den Militärgerichten für unzurechnungsfähig erklärt, später aber empfindlich bestraft wurden. Die Namen der ersten dieser Gehorsamsverweigerer im Dienste der Heimat sind in ganz Flandern rühmlichst bekannt: Joris de Leeuw und Lode Bonten. Später gesellten sich auch zur Gestellung aufgebotene Rekruten dazu, die in Briefen an den König und den Kriegsminister, die nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig ließen, mitteilten, daß sie sich nicht unter französisches Kommando begeben würden. Bis zum Anfang Februar dieses Jahres waren schon 28 aktive Soldaten und aufgebotene Rekruten von den Militärgerichten unter Anklage gestellt und zum Teil empfindlich bestraft worden; 92 andere Rekruten hatten den Militärstellen bekanntgegeben, daß sie der Einberufung zu einem französisch kommandierten Truppenteil nicht folgen würden. Es sind mir im Augenblick leider nicht die Zahlen gegenwärtig, wie hoch ihre Ziffer inzwischen angeschwollen ist.

Die Einführung der flämischen Sprache

in die belgische Armee machte natürlich nicht unerhebliche Schwierigkeiten, nicht nur, weil dadurch der Schriftverkehr und manches andere gewaltig wuchs, sondern auch, weil das Kriegsministerium

die Offiziere fast ausschließlich aus den wallonischen Gebieten

nahm und darum Offiziere, die die flämische Sprache beherrschten, so gut wie nicht zur Verfügung standen. Das ändert sich aber mit der Zeit, da nun auch junge Flamen zur Offizierslaufbahn zugelassen werden, die ihre Volksgenossen in der Heimatsprache ausbilden können. Vorerst sind nur noch untere Verbände verflamt, aber die Flamen drängen darauf, daß ganze Regimenter, ganze Divisionen der flämischen Kommandosprache zugeführt werden. Da aber unter den hohen Offizieren kein einziger Flame ist, fällt das zunächst noch sehr schwer.

Der belgischen Armee,

darüber kann kein Zweifel sein, ist durch diese Aufteilung in einen wallonischen und in einen flämischen Flügel

sehr viel von ihrer Schlagkraft genommen

worden. Die Flamen haben bewußt so einen großen Teil des Heeres dem Generalstab, der ja mit Haut und Haaren dem französischen Generalstab verschrieben ist, aus der Hand gewunden und an das flämische Volk, aus dem die Rekruten stammen, herangeführt. Sie betrachten die flämischen Verbände als ihre Armee, nicht etwa zu einem bewaffneten Vorgehen gegen die Wallonen, aber als politisches Machtmittel, als Rückendeckung am grünen Tisch, wenn über die Forderungen Flanderns verhandelt wird. So hat die belgische Armee durch die Einführung der flämischen Sprache vollkommen ihren politischen Charakter geändert. Früher war sie lediglich ein Machtmittel in der Hand des Quai d'Orsay, heute ist sie

ein gewichtiger innenpolitischer Faktor

— diese Wendung konnte sich nur auf Kosten der ersten Bestimmung vollziehen.

Wahlpropaganda im Straßenbild



Eine Litfaßsäule, deren Plakate für verschiedene Parteien zur Reichstagswahl werben

Ein verlorener Prozeß der Bank von Frankreich in Newyork

Wie aus Newyork berichtet wird, hat die Bank von Frankreich vor dem Appelationsgerichtshof in Newyork einen Prozeß verloren, in dem sie von zwei amerikanischen Banken die Rückerstattung von 250 Millionen in Goldbarren gefordert hatte, die die französische Regierung im Jahre 1915 bei den Agenturen dieser Banken in Petersburg hinterlegt hatte. Man nimmt an, daß die Bank von Frankreich gegen das Urteil das Richtigkeitsverfahren beantragen werde.

von Gronau startbereit zum Amerikaflug

Aus List auf Sylt, 19. Juli, wird gemeldet: Der Dornierwal Wolfgang von Gronaus liegt startbereit in List. Der neue Amerikaflug soll erfolgen, sobald gute meteorologische Vorbedingungen gegeben scheinen. Neben von Gronau werden Funker Albrecht, Maschinist Hak und (statt des Piloten Zimmer) der zweite Pilot Roth an dem Flug teilnehmen.

Der Preußische Staat zur Schadensersatzleistung an die Kieler Zeitung verurteilt

Die Ferienzivilkammer des Landgerichtes Kiel verurteilte am Dienstag den Preußischen Staat zur Schadensersatzleistung an die Kieler Zeitung wegen des vom Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein am 19. März d. J. ausgesprochenen Verbotes des Blattes.

Hitler gegen die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung"

Das Landgericht Kiel verkündete in dem Prozeß Hitler gegen die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" das Urteil: Dem Beklagten, Hauptschriftleiter Wurbs, wird bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Geld- oder Haftstrafe verboten, in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" zu behaupten, Hitler habe den Bürgerkrieg vorbereitet, er habe Putschanweisungen und die Aufforderung erlassen, Waffen und Lebensmittel zu requirieren und die öffentlichen Gebäude und Kassen zu besetzen.

Die Brücke über den Kleinen Belt

Aus Middelfart wird berichtet: Im Beisein einer tausendköpfigen Menge wurde am Dienstag der vierte Senkkasten für die Brücke über den Kleinen Belt bei Snoghoej zu Wasser gelassen. Kurz vor der Zeremonie trafen auch der König und die Königin ein und wurden vom Generaldirektor der Eisenbahnen empfangen. Unter den Zuschauern befanden sich auch viele deutsche, schwedische, norwegische und dänische Ingenieure. Auf dem Belt lag eine Flotte von Schiffen, während über dem Belt ein Flieger seine Kreise zog. Um 10.20 Uhr fand der Stapellauf statt. Der Senkkasten glitt unter dem Beifall der Menschenmassen ohne Unfall ins Wasser.

Auflösung der französischen Militärmission in Athen

Wie die Agentur Havas aus Athen berichtet, wird mit Einwilligung der französischen Regierung aus Sparsamkeitsgründen der Vertrag mit der französischen militärischen Mission auf Wunsch der griechischen Regierung aufgelöst. Ueber die Bedingungen sind bereits Verhandlungen im Gange.

Der Aufstand in Brasilien

Nach Meldungen aus Rio de Janeiro soll die brasilianische Regierung beschlossen haben, eine Offensive größeren Stils mit 40 000 Mann Regierungstruppen gegen die Aufständischen des Staates Sao Paulo einzuleiten. Kriegsschiffe sollen längs der Küste von Sao Paulo patrouillieren, damit die Rebellen weder Nahrungsmittel noch Munition erhalten können. Angeblich haben die Regierungstruppen einige Erfolge erzielt. Flugzeuge sollen den Flughafen von Sao Paulo mit Bomben belegt haben.

„Chicago Tribune" will aus Rio de Janeiro melden können, daß die aufständische Regierung des brasilianischen Staates Sao Paulo Papiergeld für den örtlichen Gebrauch drucken zu lassen beabsichtige.

Von den Märkten

Kölner Hauptmarkt

Köln, 19. Juli. Kurz nach Mitternacht entwickelte sich auf dem Kölner Hauptmarkt schon ein lebhaftes Geschäft, das jedoch später sehr nachließ und mit manchen Artikeln wird der Markt nicht geräumt werden können. Nach den Regentagen gab es unglaubliche Pfifferlinge, die sehr billig angeboten wurden. Kopfsalat wurde weniger angefahren. Der Obstmarkt war überfüllt. Auf dem Blumenmarkt waren Rosen und Nelken vorherrschend. Ruhig war es an den Fischständen, Rheinfischer waren keine am Markt. Auch auf dem Geflügelmarkt herrschte wenig Geschäftsverkehr. Heute waren die ersten Endivien und die ersten Brombeeren am Markt. Es kosteten im Großhandel: Kartoffeln 2,70—3,20, blaue 4,20—5,00 RM der Zentner. Strauchbohnen 32—40, dicke Bohnen 5—7, Wachsbohnen 10—12, Salatbohnen 15, Erbsen 9—15, Weißkohl 2,5—3, Rotkohl 3,5—6, Wirsing 3,5—4, Sauerampfer 20, Pfifferlinge 25—30, Karotten 7.5—8, Möhren 8—9, Zwiebeln 6.5—8, Tomaten 20—23, Einmachzwiebeln 15—25, Rhadarber 2—2,5 Pfg. das Pfund, Gurken 12—18, Rettich 4—5, Sellerie 3—5, Kohlrabi 2,5—5, Wirsing 5—10, Blumenkohl 8—15, Kopfsalat 2—7, Endivien 8—10 Pfg. das Stück, Mangold 2—3,5, Rübstiel 2—3, Breitlauch 20—40 (10 Stück), Karotten 9—12 (10 Stück), Möhrchen 3—5, Radieschen 2—3 Pfg. das Gebund, Einmachgurken 100—200 Pfg. die 100 St. Süßrahmbutter 1,23—1,28, Landbutter 1,05—1,10 RM das Pfund. Eier 6—8 Pfg. das Stück, Kochäpfel 10—22, Kochbirnen 10—18, süße Kirschen 18 bis 28, saure 25—32, Erdbeeren 20—30, Waldbeeren 16—20, Aprikosen 40—50, Pfirsiche 25—35, frische Baumnüsse 20 Pfg. das Pfund. An Auslandswaren: Blumenkohl 30—34, Gurken 10—20 Pfg. das Stück. Aegypt. Zwiebeln 11, ital. Zwiebeln 7—8, Tomaten 16—20 Pfg. das Pfund. Australische Aepfel Kiste 12—14, brasil. Apfelsinen Kiste 18—19,50, kalifornische Kiste 24 u. 26, Zitronen, Kiste zu 150 Stück 13—14, zu 300 Stück 18—25 RM, Birnen 25, Kochäpfel 25, blaue Pflaumen 22—32, Rheinklauden 25, holl. Trauben 80—130, Bananen 25—28 Pfg. das Pfund.

Amtlicher Preisbericht der Kölner Produkten-Börse

Notierungen in Reichsmark für 100 Kg. Frachtlage Köln (Dienstags und Freitags).

Köln, 19. Juli. Roggen nordd. 21—21.50, Roggen ausl. 21.50—22, Hafer hiesiger 16.50 bis 17.50, Hafer nordd. 18.50—19.00, Wintergerste inl. 16.50, Weizenmehl 70% inl. 35.75, Rhein. Weizenbäckermehl (mit Auslandsweizen) 37.00, Roggenmehl 70% inl. 28—28.50, Roggenmehl 70% (mit Auslandsroggen) 29.50, Roggenschrot inl. 24—24.50, Roggenschrot (von Auslandsroggen) 24—24.50, Weizenkleie*) 9.50, Biertreber*) 10.50—11.25, Leinkuchenmehl 38%*) 11.75 bis 12.00, Erdnußkuchenmehl 50%*) 11.75—12.00, Erdnußkuchenmehl 54%*) 12.75—13.00, Sojaschrot (extrahiert) 46%*) 11—11.25, Rapskuchen 38% 8.75, Palmkernkuchen lose 21% 9.25—10.00, Trockenschnitzel lose 8.50—9.00, Zuckerschnitzel lose 10.75, Rohmelasse 8.00—8.75, Wiesenheu inl. lose 3.80—4.30, Kleeheu inl. lose 5.40—8.50, Roggenstroh gepr.**) 2.40 RM. *) brutto mit Sack — **) ab rheinische Station. Stimmungsbericht: Die Kauflust war sehr beschränkt. Die Preise waren im allgemeinen unverändert, nur in Wintergerste war zu leicht nachgebenden Preisen einiges Geschäft.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, sowie für die schönen Kranzspenden statten wir hierdurch allen, besonders der Bäcker-Vereinigung Burscheid, der Bäcker-Innung Opladen und dem Leseverein Engelrath unseren tiefempfundenen Dank ab.

Frau Alwill Lungstraß
und Kinder.

Kaltenherberg, im Juli 1932.

Danksagung

Für die liebevolle Teilnahme beim Heimgang unseres lieben Entschlafenen sprechen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank aus.

Frau Julius Schmitz
und Kinder.

Kleinbruch, im Juli 1932.

Deutsche Frauen und Mädchen!

Die Gaufrauenschafts-Leiterin der NSDAP

Frau P. Siber, M. Gladbach

spricht am Samstag, den 23 ds. Mts., abends 8.30 Uhr im Lokale „Zur alten Post" (Witwe Urbahn) in

großer öffentlicher Kundgebung

über das Thema

Die deutsche Frau gestern - heute - morgen

Eintritt 20 Rpf

NSDAP, Ortsgruppe Burscheid.

2. Rosenfest in Paffenlöh

Sonntag, den **24.** Juli, ab 4.30 Uhr nachmittags, großes

Garten-Konzert m. Tanz-Einlagen

Feuerwehrkapelle Opladen.

Es ladet frdl. ein: ERNST WOLF.

Eintritt 30 Rpf einschl. Steuer.

Festbeleuchtung.

Drucksachen liefert die Buchdruckerei dieser Zeitung.

Kipp & Grünhoff
Opladen, Telefon 45
Holz- u. Baustoffhandlung

Katholiken

von Burscheid u. Umgebung!

Am Sonntag, den 24. Juli, findet im Lokale Maron, Luisenstraße, ein

Aufklärungs- und Unterhaltungs-Abend

statt.
Mitwirkende: Die Burscheider katholischen Vereine.

Festredner:
Herr Religionslehrer Derichs, Leverkusen,
Herr Rektor Deutsch, Leverkusen.

Thema:

„Warum stehen wir zu Brüning?"

Im unterhaltenden Teil: Musikvorträge, Theater-Aufführungen und Sprechchor „Jugend in Not".

Eingeladen sind alle gutgesinnten Katholiken, gleich welcher politischen Richtung. — Unkostenbeitrag 20 Rpf pro Person oder Familie. — Saalöffnung 6.30 Uhr, Beginn 7 Uhr.

Es ladet freundlichst ein

Der Burscheider Arbeits-Ausschuß der Zentrums-Partei.

Sommer- und Herbstferien

In dem Rhein-Wupper-Kreis werden die diesjährigen Sommer- und Herbstferien wie folgt festgesetzt:

In den Stadtgemeinden Burscheid ohne Dürscheid, Radevormwald einschl. Herbeck, Honsberg und Dahlhausen sowie in der Gemeinde Burg gelten dieselben Ferien, wie an Orten mit höheren Schulen. Sie beginnen am 28. Juli (Schluß des Unterrichts am 27. Juli) und enden am 5. September 1932 (Beginn des Unterrichts am 6. September 1932).

In den Gemeinden Berg. Neukirchen, Hitdorf, Hückeswagen, Leichlingen, Dabringhausen und Dhünn, Richrath-Reusrath, Monheim-Baumberg, Witzhelden sowie in den Schulbezirken Dürscheid und Steinbüchel der Stadtgemeinden Burscheid und Leverkusen und für die Landschulen der Stadtgemeinde Radevormwald außer Herbeck, Honsberg und Dahlhausen zerfallen die Ferien in zwei Teile. Der erste Teil der Ferien beginnt am 28. Juli (Schluß des Unterrichts am 27. Juli 1932) und enden am 22. August (Beginn des Unterrichts am 23. August 1932), während der zweite Teil vorläufig für die Zeit vom 1. Oktober (Schluß des Unterrichts am 30. September 1932) bis zum 14. Oktober (Beginn des Unterrichts am 15. Oktober 1932) festgesetzt wird.

Der zweite Teil der Feriengruppe wird evtl. je nach der Witterung und den örtlichen Verhältnissen früher oder später gelegt werden.

Opladen, den 18. Juli 1932.

Der Landrat: Trimborn.

Vermessungsarbeiten

für das Kataster, wie Teilungen, Grenzfeststellungen, sowie Lagepläne für Conzessionsgesuche jeder Art, Sicherstellung von Wasserrechten, Nivellements usw. führt aus

Theis
Staatlich vereideter Landmesser in Wermelskirchen, Fernspr. 2487

Hühnerstall

ca. 6 mal 16 m, zerlegbar, auch für andere Zwecke geeignet, zu verkaufen.

Angebote unter **K. O. 45** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Stark herabgesetzte Preise in

Bau- und Obstleitern

mit platten und runden Sprossen, gute starke Sprossen, Ia Bäume. **Treppen-Leitern** spottbillig, **Radio- u. Gerüststangen, Heuböcke** Stck. 1.50 RM, **Heurechen u. Stiele** jeder Art, **Blumen-, Rosen- u. Stachelbeerstöcke** Bund 6 Stück 1 RM, **Brennholz** für Ofen und Zentralheizung.

J. Hemmelrath, Hilgen

BMW - Imperia und FN Motorräder

von 695 Mark an. (Steuerfrei)

Willy Hausmann
Nagelsbaum, Fernsprecher 496.

Ich empfehle mich im

Flicken u. Stopfen in u. außer dem Hause (pr. Tag 1-1.50 RM)

Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Ztg.

Gebrauchter

Herd

zu kaufen gesucht. — Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 168 2. Blatt Mittwoch, 20. Juli 1932

Neue Aufgaben für die Frau

Der Kreisverband der Evangelischen Frauenhilfe des Rhein-Wupper-Kreises hielt seine diesjährige Tagung im Bergischen Dom in Altenberg ab. Zu der festlichen Tagung hatten sich Frauen aus allen Gemeinden des Kreises in überaus großer Zahl eingefunden. Mit einem Orgelvorspiel des Organisten Kloth und dem Lied „In Gottes Namen fang ich an, was mir zu tun gebühret" wurde die Festsitzung eröffnet. Nach einem von Frau Elfriede Görsch vorgetragenen Prolog begrüßte Pfarrer Burckardt die Erschienenen sowohl im Namen der Altenberger Gemeinde als auch der Frauenhilfe des Kirchenkreises Solingen. Altenberg als Ort der Tagung sei glücklich gewählt, denn hier vereint sich die schöne deutsche Heimat mit der Kraft deutscher Kunst, außerdem werde der kleinen evangelischen Diaspora-Gemeinde gezeigt, daß sie von der Kraft liebender Herzen der fern im Bergischen Land wohnenden Glaubensgenossen getragen werde. Pfarrer Burckardt schuf durch einen markanten Ueberblick über die Geschichte des Bergischen Domes die rechte Feststimmung.

Frau Pastor Schrader aus Unna sprach über den Hauptgedanken des Tages „Frauenhilfe—Nothilfe". „Die Evangelische Nothilfe", so führte die Vortragende aus, „ist die Vereinigung der Frauen, die der Gedanke des Helfens verbindet. Die Notzeiten fanden die Frauen auf dem Posten, große Leistungen sind im vergangenen Winter vollbracht worden. Doch ist diese Tatsache kein Grund, um das Hilfswerk als beendet zu betrachten. Die Hilfsarbeit, verbunden mit mancherlei Unerquicklichem und Enttäuschungen, hat Helferinnen unlustig und müde gemacht. Einkehr der Not in die eigene Familie und wirtschaftliche Einschränkungen lassen manche Hände müßig in den Schoß sinken. Da jedoch die staatlichen Stellen, die noch vor einigen Jahren die gesamte Fürsorge an sich nehmen wollten, aller Hilfsmittel erschöpft sind, wird wiederum der Ruf an die kirchlichen Organisationen ergehen, ein Hilfswerk in die Wege zu leiten. Der Ruf des Staates darf nicht ungehört verhallen. Nun ist Gelegenheit geboten, zu zeigen, daß wir uns nicht nur Christen nennen, sondern auch Christen sind und das Hauptgebot der Liebe des Glaubensstifters befolgen. Das Werk der Hilfe am Nächsten ist ein Dienst des dankbaren Gehorsams gegen den Herrn. Unsere Hilfe soll nicht mit der Absicht erfolgen, Dank vom Nächsten zu ernten. Nicht nach der Weltanschauung soll die Frauenhilfe fragen — wir sollen jedem deutschen Bruder und jeder deutschen Schwester helfen. Die vorgeschriebenen Richtlinien zeigen die Wege, wie geholfen werden soll — allen soll geholfen werden, allermeist aber den Glaubensgenossen. Der kommende Winter zeigt wieder einen großen Feldzug gegen die Not bringen. Viel haben wir aus den Erfahrungen gelernt, die erkannten Fehler auszumerzen soll auch eine Aufgabe sein. Die Frauenhilfe wirkt anders als eine Wohltätigkeitsvereinigung. Durch die Hilfe in wirtschaftlicher Not soll auch die letzte Not bekämpft werden — nämlich die Gottesferne. Die helfende Mitschwester muß bei ihrer Tätigkeit das Ueberlegenheitsgefühl fortlassen. Unser Tun sei selbstlose Liebe ohne Nebenabsicht, dann erst werden sich allmählich die verschlossenen Seelentüren öffnen. Wir haben uns als Gottes Mitarbeiter zu betrachten, d. h. seine Liebe, die er uns gab, wieder weiter geben. Damit statten wir unserm Schöpfer Dank ab, indem wir sein Wort befolgen: „Was ihr getan habt einem meiner Brüder, das habt ihr mir getan!" Dieses Jahr, das im Zeichen Gustav Adolfs steht, soll die evangelischen Frauen besonders anspornen, ihrer Aufgabe als christliche Frau gerecht zu werden. Wenn der Ruf der Kirche erfolgt, dann soll jede evangelische Frau ihm Folge leisten. Diejenigen Frauen aber, die weder materiell noch sonst in der Lage sind, in der Frauenhilfe tätig mitzuwirken, die vollführen täglich ein großes Hilfswerk, wenn sie sich mit Hingabe der christlichen Erziehung der Kinder widmen, und Kindern und dem durch Arbeitslosigkeit verbitterten Mann ein fröhliches Haus schaffen. Ein solches Haus, eine solche Familie bildet einen Segen für das Vaterland. Auch dem Bettler, der gezwungen von Tür zu Tür geht, reiche man die Gabe mit einem freundlichen Wort, mit einem fröhlichen Gesicht; auch er ist der Sohn einer Mutter".

Pfarrer von der Thüsen aus Dahlerau überbrachte die Grüße der Kreissynode Lennep und der Gemeinden des oberen Rhein-Wupper-Kreises. Das zahlreiche Erscheinen der Frauen aus diesem Gebiet sei nicht nur ein Akt der Höflichkeit, sondern zeige die innere Verbundenheit der Evangelischen Frauenhilfe. Er wünschte der Organisation Entwicklung und gesegnetes Wachstum in die Breite und in die Tiefe.

In der dann folgenden Pause blieb den Frauen reichlich Zeit, sich in den vollbesetzten Erfrischungsstätten beim guten bergischen Kaffee zu stärken und die herrliche Umgebung des Domes im Walde zu genießen.

Um 18 Uhr fanden sich dann alle wieder im Dom zu einer festlichen Stunde zusammen.

Ein seltener Genuß, die Feierstunde im Dom. Die weiten Hallen liegen im Glanz gütig weicher Abendsonne. Das Symbol der Frauen- und Mutterliebe in der Gestalt einer goldenstrahlenden Gottesmutter mit dem Kind schwebt von der Decke hernieder. Rein wie Harfenklänge der Sologesang (Frl. Elfriede Thiel, Burscheid, Arie aus Elias von Mendelssohn), weit getragen von der großen Akustik und ferner das Andante aus der 3. Orgelsonate von Mendelssohn (gespielt vom Organisten der evang. Gemeinde Herrn Kloth). Wunderklänge bilden den Höhepunkt für die dankbar ergriffenen Herzen. Pastor Dr. Schött, vom Rhein. Provinzialverband der Ev. Frauenhilfe, schildert nochmals innig die Not der Frau im besondern, in Worten, die vom Mensch zum Menschen wirken; die Frau sei das Salz, das Licht der Welt. Diesen einfachen Worten Ehre machen, sei Aufgabe der Frauenhilfe. Die Tagung erbringt auch manches Scherflein für die Armen. Stimmungsvoller Ausklang ist das Solo (Frl. Thiel) „So nimm denn meine Hände", und brausender Orgelklang. Eine Tagung im Dom, mitten im heimatlichen Wald, so recht geeignet, aus dem Alltag heraus stille Einkehr zu halten.

Die Tagung bestärkte den Gedanken, neue Aufgaben in erfolgreicher und bewährter Arbeitsweise durchzuführen.

Unfallverhütung in der Erntezeit

Die jetzt einsetzende Erntearbeit in der Landwirtschaft bringt erfahrungsgemäß eine große Anzahl von Unfällen mit sich, die vielfach auf Unachtsamkeit oder verbotswidriges Verhalten zurückzuführen sind. Meist handelt es sich um Unfälle durch Sturz vom Wagen, um Verletzungen durch ungeschützte Sensen, durch Mähmaschinen und durch Stiche mit der Heugabel. Alle in der Landwirtschaft tätige Personen werden darum gut tun, in ihrem eigenen Interesse und im Interesse ihrer Mitmenschen folgende Gesichtspunkte genau zu beachten:

1. Jedes Auf- und Absteigen vom Fuhrwerk während der Fahrt ist zu vermeiden.

2. Das Sitzen oder Stehen auf der Deichsel, dem Langbaum, der Wage, der Schere oder dem Karrenbaum während der Fahrt bringt Gefahr.

3. Beim Aufladen von Heu, Klee, Getreide usw. auf dem Felde sind die Zugtiere stets unter Aufsicht zu halten. Die auf dem Wagen arbeitenden Personen sind jedesmal vor dem Weiterrücken hiervon laut zu benachrichtigen.

4. Beim Staken und Abnehmen von Heubunden und Garben ist Vorsicht am Platze.

5. Vor der Beseitigung von Störungen an bespannten Mähmaschinen ist das Getriebe auszurücken; die Zugtiere sind abzuhängen. Beim Arbeiten an der Mähmaschine nie vor, sondern stets neben oder hinter den Messerbalken treten.

6. Beim Tragen von Sensen vom und zum Felde ist die Klinge in ihrer ganzen Länge zu verkleiden. (Sensenschuh).

Zur Warnung!

Es kann nicht oft genug auf die großen Gefahren des Wassertrinkens nach dem Genuß von Obst hingewiesen werden. Gerade jetzt in der Sommerzeit ist die Gefahr besonders akut, denn erstens stehen wir mitten in der Obsternte und zweitens verleitet das heiße Sommerwetter allzusehr zum Genuß von Getränken. Ist es schon gewagt, in erhitztem Zustande kaltes Wasser zu trinken, so ist es direkt mit Lebensgefahr verbunden, unmittelbar nach dem Obstgenuß Wasser zu sich zu nehmen. Besonders gefährlich sind die Obstarten, die im Magen sehr stark aufquellen (Trauben, Pflaumen, Stachelbeeren und fast alle anderen Beerensorten). Auch nach dem Genuß von Gurken und vor allem von unreifem Obst ist das Trinken von Wasser äußerst gefährlich. Besonders Kinder neigen dazu, unbedacht des genossenen Obstes, dem Durstgefühl durch (manchmal überreichlichen) Genuß von Wasser nachzugeben.

Heute geht uns wieder eine Meldung aus Herne zu, die zu größter Vorsicht mahnt: Die elfjährige Tochter der Eheleute L. in Herne trank nach dem Genuß von Stachel- und Johannisbeeren Mineralwasser. Sie erkrankte und starb unter heftigen Schmerzen.

Aus der Heimat

2. Rosenfest in Paffenlöh

Im Anzeigenteil der letzten Samstagausgabe wurde darauf hingewiesen, daß das zweite Rosenfest am Sonntag, den 31. Juli, stattfinde. Widriger Umstände halber war jedoch Herr Ernst Wolf, Besitzer des bekannten Ausflugslokals Paffenlöh, gezwungen, dasselbe auf den nächsten Sonntag, den 24. Juli, zu verlegen. Nachmittags findet ein großes Gartenkonzert mit Tanzeinlagen statt, zu dem diesmal die Opladener Feuerwehrkapelle aufspielen wird.

Siehe auch Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Sommerfest in Bruchermühle

Schon heute wollen wir darauf hinweisen, daß am kommenden Sonntag in Bruchermühle ein großes Sommerfest mit feenhafter Beleuchtung und vielen Ueberraschungen stattfindet. Eine verstärkte Kapelle wird zu Konzert und Tanz aufspielen.

Bergischer Heimatschutz

Für die verschobene Sitzung des Vereins Bergischer Heimatschutz ist ein neuer Termin festgesetzt worden. Die Sitzung wird am kommenden Montag, den 28. Juli, nachmittags 6 Uhr, im Restaurant Krusius in Solingen, Mühlenplatz, stattfinden.

Zum 25. Male „Im weißen Rößl"

Am heutigen Mittwochabend wird im Kölner Opernhaus die Revueoperette „Im weißen Rößl" zum 25. Male aufgeführt. Das ist die letzte Aufführung in dieser Spielzeit, da das Opernhaus wegen der alljährlichen Revisions-, Reinigungs- und Erneuerungsarbeiten in der Bühnenmaschinerie von Donnerstag an geschlossen bleiben muß. Da die Vorstellungen bislang immer auf Tage im voraus ausverkauft waren, bleibt diese so erfolgreiche Operette bei Eröffnung der neuen Spielzeit am 3. September zunächst noch allabendlich im Spielplan. Die Darsteller der Rößlwirtin und des Leopold, Frau Hilde Schulz-Nästlberger vom Theater an der Wien, und Max Schipper vom Großen Schauspielhaus Berlin, wurden für September als Gäste weiter verpflichtet.

Sommer- und Herbstferien

Der Landrat veröffentlicht in heutiger Ausgabe eine Bekanntmachung über die Sommer- und Herbstferien. Danach gilt folgende Regelung: In den Stadtgemeinden Burscheid ohne Dürscheid, Radevormwald einschl. Herbeck, Honsberg und Dahlhausen sowie in der Gemeinde Burg gelten dieselben Ferien, wie an Orten mit höheren Schulen. Sie beginnen am 28. Juli und enden am 5. September. In den Gemeinden Berg. Neukirchen, Hitdorf, Hückeswagen, Leichlingen, Dabringhausen und Dhünn, Richrath-Reusrath, Monheim-Baumberg, Witzhelden sowie in den Schulbezirken Dürscheid und Steinbüchel der Stadtgemeinden Burscheid und Leverkusen und für die Landschulen der Stadtgemeinde Radevormwald, außer Herbeck, Honsberg und Dahlhausen zerfallen die Ferien in zwei Teile. Der erste Teil der Ferien beginnt am 28. Juli und endet am 22. August; während der zweite Teil vorläufig für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 14. Oktober festgesetzt wird. Der zweite Teil

15 Wahlvorschläge in Düsseldorf-Ost

Der Aufmarsch der Parteien

Der Kreiswahlausschuß für den Wahlkreis Nr. 22 Düsseldorf-Ost hat in seiner gestrigen Sitzung die eingegangenen Kreiswahlvorschläge für die Reichstagswahl am 31. Juli geprüft und wie folgt festgesetzt. (Wir veröffentlichen jedesmal die drei ersten Namen der Vorschlagslisten. Red.)

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Dr. Rudolf Hilferding — Lore Agnes — Robert Daum.

2. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei:
Friedrich Karl Florian — Willi Veller — Willi Börger.

3. Kommunistische Partei Deutschlands:
Ernst Thälmann — Fritz Schulte — Rudolf Hennig.

4. Deutsche Zentrumspartei:
Dr. Heinrich Brüning — Johannes Giesberts — Dr. Helene Weber.

5. Deutschnationale Volkspartei:
Dr. Alfred Hugenberg — Dr. Wilhelm Koch — Dr. Martin Spahn.

6. Deutsche Volkspartei:
Dr. med. Willy Boehm — Hedwig Thöne — Adolf König.

7. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) e. V.:
Dr. Alfred Schmidt-Hoepke — Jakob Witzler — Josef van Lin.

8. Deutsche Staatspartei:
Dr. Maria Elisabeth Lüders — Paul Helbeck — Friedrich Nolting.

9. Christlich-sozialer Volksdienst (Evang. Bewegung):
Dr. Erich Schröder — Hermann Dannert — Karl Möbius.

10. Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands:
Max Seydewitz — Carl Zöllig — Franz Boutta.

11. Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands, Christlich-radikale Volksfront:
Vitus Heller — Karl Hofmeister — Franz Lieder.

12. Freiwirtschaftsbewegung FFF:
Wilhelm Eicker — Robert Christians — Hugo Krah.

Außerdem: 13. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern, 14. Polenpartei mit dem Kennwort „Polenliste" und 15. Volksrecht-Partei.

Gerüchte gehen um ....

Es gibt Leute, die ein Interesse daran haben, ihre Umwelt in Aufregung zu versetzen; es gibt auch solche, die gern schlauer erscheinen wollen als ihre Umgebung, die sich wichtig machen wollen. Sie alle mischen — absichtlich oder unabsichtlich — Wahres mit Falschem und bringen es mit ihren Reden, Schriften und sonstigen Aeußerungen in Umlauf. So entstehen die vielen falschen Gerüchte, die gerade in der Gegenwart einen guten Boden haben, denn leichter als bei ausgeglichenen Verhältnissen sind die Menschen in Zeiten der Not zu beunruhigen; sie sind empfänglich für Gerüchte, aufregende Nachrichten und geheimnisvolle Flüstereien und Andeutungen.

Falsche Gerüchte sind hartnäckig, ihr Inhalt mag noch so falsch und dumm sein. Aber sie haben glücklicherweise einen Feind, gegen den sie immer verlieren: die Sprache der Erfahrung und der Tatsachen. Das gilt auch für Gerüchte über die Währung. Falsche Gerüchte hinsichtlich der deutschen Währung sind eigentlich im Umlauf, solange wir unsere stabilisierte Währung haben, also seit bald 10 Jahren. Wie zahlreich und eindringlich sind Gerüchte über die Währung insbesondere im vorigen Jahr gewesen. Die Währung aber ist allen Gerüchtemachern und falschen Projekten zum Trotz stabil geblieben. Diejenigen waren die Dummen, die sich zur „Flucht in die Sachwerte" und anderen Fehlern haben beeinflussen lassen. Erfreulicherweise hat das Publikum doch aus der Vergangenheit gelernt und verhält sich jetzt ablehnender gegen Währungsgerüchte und sonstige Redereien.

Aber da immer noch hier und da Zweifel bestehen und Gerüchte verbreitet sind, so ist es erfreulich, daß die verantwortlichen Stellen in letzter Zeit wieder ausdrücklich betont haben, daß sie jedes Währungsexperiment und jede Inflationspolitik ablehnen. Sowohl die Reichsregierung wie auch die für die deutsche Währungspolitik verantwortliche Reichsbank haben solche Erklärungen abgegeben. Und auch der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat kürzlich in einer Rede ausdrücklich erklärt, daß die deutsche Währung stabil sei.

Dat met-tä Koh blieft wo-er

Nach Gustav Falke. (Aus Plattdütsch Blomengarden. Herausg. von Karstädt. 1913. München. Holbein.)

Op uhsem Huhs, Jong, jlöhf me dat,
Do stehdenen Bohm — esuuh jruhs!
Dä häddenen siggden Hossesock ahn
On'ne Stivvel an singem Fuhs.

On hühder, wo di Bläder sind,
Do hängt dat kribbeldicht,
Bro-etwu-escht on Kihs — wat sühstemech ahn?
Wat mahst-e fü-en domm Jesicht?

On op der hühste Schlu-ete setzt
En Koh met wissem Hohr!
On wenn dat anger och Lüjje sind,
Dat met-tä Koh blieft wo-er.

On wenn se och em Bohm nit setzt,
Da steht se doch em Stall.
On wenn se „muh" söht, eß dat jrat
Als söng de Nachtigall.

der Feriengruppe wird evtl. entsprechend der Witterungslage und den örtlichen Verhältnissen früher oder später gelegt werden.

Der Reichsinnenminister beim Deutschen Sängerfest

Der Reichsminister des Innern, Frhr. von Gayl, hat sein Erscheinen zum Sängerbundesfest in Frankfurt a. M. zugesagt und wird in der volksdeutschen Weihestunde am Freitag, den 22. Juli, sprechen. Seine Rede wird von sämtlichen deutschen Sendern übertragen werden.

Sonntagsrückfahrkarten zum Sängerbundesfest

Aus Anlaß des 11. Deutschen Sängerbundfestes in Frankfurt a. M. wird die Deutsche Reichsbahn für die Zeit vom 21. Juli 0 Uhr bis 24. Juli einschl. von allen Bahnhöfen im Umkreis von 300 Klm. um Frankfurt a. M. Sonntagsrückfahrkarten 2. und 3. Klasse nach Frankfurt a. M. ausgeben lassen. Die Rückreise wird täglich bis zum 26. Juli zugelassen. Sie muß spätestens am 26. Juli 9 Uhr angetreten sein und darf dann nicht mehr unterbrochen werden. Eil- und Schnellzüge dürfen gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlages benutzt werden.

Besprechung beim Regierungspräsidenten

Die Pressestelle der Düsseldorfer Regierung teilt mit: Gestern vormittag hat beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf mit dem Polizeipräsidenten und Landräten eine Besprechung über die durch die neue politische Verordnung geschaffene polizeiliche Lage stattgefunden; insbesondere wurde die Frage der Durchführung des neuen Demonstrationsverbots erörtert. Der Regierungspräsident teilte mit, daß er vorstellig werden wolle, daß die unpolitischen Aufzüge von dem neuen Verbot „wie früher" ausgenommen werden sollen. Bis zur Entscheidung der Reichsregierung muß das Verbot von Aufzügen und Versammlungen unter freiem Himmel ohne Ausnahme durchgeführt werden.

Aus der Besprechung interessiert noch die Frage des Waffentragens. Die Versammelten waren einmütig der Auffassung, daß die Polizeiverwalter berechtigt sind, jeden, der unbefugt in der Oeffentlichkeit Waffen (jeder Art) trägt, bis zu drei Monaten in Polizeihaft zu nehmen. Die Polizeiverwalter werden von dieser Möglichkeit Gebrauch machen auch dann, wenn z. B. jemand eine Waffe bei sich trägt, ohne einen Waffenschein zu besitzen.

Rheinlands Mieter protestieren

Die Gesamtvorstände der rheinischen Mieterschutzverbände, denen 47 rheinische Städte und Gemeinden angeschlossen sind, tagten am Sonntag in Köln und wandten sich in einer Kundgebung an alle maßgebenden verantwortlichen Stellen des Landes Preußen. Es heißt darin, daß Millionen hilfsbedürftiger Mieter durch die preußische Notverordnung zur Sicherung des Staatshaushalts heute die volle Miete zahlen müßten. Dagegen wird Einspruch erhoben, weil das für die notleidenden Mieter untragbar ist. Millionen hilfsbedürftiger Mieter in Preußen müssen gegen diese Verordnung Widerspruch erheben und ihr Recht verlangen.

11. Baugeldzuteilung der Bausparkasse der Rheinprovinz

Die Bausparkasse der Rheinprovinz teilte in der am vergangenen Montag stattgehabten 11. Baugeldzuteilung wiederum 374 000 RM an 40 Bausparer zu. Die Gesamtzahl der Zuteilungen beläuft sich auf insgesamt 4 232 000 RM an 451 Bausparer.

Es muß als besonderer Vorzug des Zuteilungsverfahrens bei den öffentlichen Bausparkassen angesehen werden, daß die Zuteilungschance jedes Sparers, die von Zuteilung zu Zuteilung steigt, unabhängig vom Abgang oder Zugang neuer Sparer ist.

Gerichtsferien vom 15. Juli bis 15. September

Mit Rücksicht auf die am 15. ds. Mts. begonnenen Gerichtsferien ist darauf hinzuweisen, daß der Aufschrift der an die Justizbehörden gerichteten Postsendungen der Name des Adressaten nicht beizufügen ist. Wird der Name des Adressaten angegeben, so werden regelmäßig von der Postverwaltung die betreffenden Sendungen den benannten Beamten in den jeweiligen Aufenthaltsort nachgesandt. Für die Absender entstehen dadurch — ganz besonders in den Gerichtsferien — erhebliche Verzögerungen in der Erledigung ihre Anträge; die betreffenden Beamten aber werden durch die Zusendung der Postsendungen ohne jeden Erfolg belästigt.

Lehrgang zur Ausbildung von freiwilligen Helferinnen in der Krankenpflege

Am 15. Oktober ds. Js. beginnt die Evangelische Frauenhilfe im Rheinland wieder einen Lehrgang zur Ausbildung von „Freiwilligen Helferinnen in der Krankenpflege". Er umfaßt einen siebenwöchigen theoretischen Teil im Auguste-Viktoria-Heim und eine dreimonatliche praktische Lehrzeit in einem Krankenhause der Provinz. Innerhalb von zwei Jahren können die Schülerinnen, die diesen ersten Lehrgang erledigt haben, zur weiteren Ausbildung als „Helferin" einen achtwöchigen Lehrgang für Säuglingspflege besuchen. (Zwei Wochen Theorie, sechs Wochen praktische Arbeit in einem Säuglingsheim). Die Lehrgänge sind für solche bestimmt, die bereit sind, neben ihrer häuslichen Arbeit und ihrem Beruf in freiwilliger Liebestätigkeit oder, wo es not tut, erste Hilfe und Pflegedienste in der Gemeinde zu leisten. Die Frauenhilfe will mit diesen Kursen besonders denjenigen Gemeinden helfen, die keine Gemeindeschwester haben; andererseits aber sollen auch in den Gemeinden mit Gemeindeschwestern die Helferinnen für Hilfsdienste in der Pflege der Kranken usw. zur Verfügung stehen. Die näheren Bedingungen sind in der Geschäftsstelle der Evangelischen Frauenhilfe W.-Barmen, Auguste-Viktoria-Heim, Untere Lichtenplatzerstraße 133, zu erfahren. Die Meldungen sind spätestens bis zum 1. Oktober einzureichen.

Im polnischen Korridor nicht photographieren!

Wie die Reichsbahndirektion Osten mitteilt, ist vor einiger Zeit ein Ostpreußen-Reisender im Korridor verhaftet worden, weil er aus dem Zuge photographische Aufnahmen gemacht hatte.

Kein Fortbestehen von Lehrverträgen nach der Betriebs-Stillegung

Das Reichsarbeitsgericht hat jetzt in einer grundlegenden Entscheidung ausgesprochen, daß bei der Stillegung eines Betriebes für die Lehrlinge nicht nur die Ausbildungsmöglichkeit, sondern auch jeglicher Anspruch auf die bisher vertragsmäßig zugesicherte Lehrlingsvergütung entfällt, es sei denn, daß es der Arbeitgeber schuldhaft unterlassen hat, sich um eine Unterbringung seiner Lehrlinge in anderen Betrieben zu bemühen. Dabei kommt es auch nicht darauf an, ob die schlechte Wirtschaftslage des Unternehmers, die schlechte Wirtschaftslage des Unternehmers, die dazu führte, daß der Betrieb zum Erliegen kam und die Ausbildung der Lehrlinge unmöglich wurde, etwa auf eigenes Verschulden des Lehrherrn zurückzuführen ist. Dieser Gesichtspunkt würde lediglich für einen Schadenersatzanspruch von Bedeutung sein können.

Aus der näheren Umgebung

Köln

„Antonie Timmer" hinter schwedischen Gardinen

Der Betrüger, der, wie gestern gemeldet, in Köln einen gefälschten 40 Pfund Scheck in Zahlung gab und sich außerdem einen falschen Namen beigelegt hatte, konnte am Montag in Bad Neuenahr verhaftet werden. Bei dem Betrüger handelt es sich um einen Holländer namens Gerhard Bourisius, der bereits wegen mehrfacher Scheckbetrügereien in Rheinland und Westfalen gesucht wird.

ADAC-Strahlenfahrt zur Eröffnung der Kraftwagenstraße Köln—Bonn

Der erste Abschnitt eines der großzügigsten Straßenbaupläne in Westdeutschland, die 20 km. lange Kraftwagenstraße Köln—Bonn, ein Teilstück der geplanten Kraftwagenstraße des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, ist am 6. August vollendet.

Aus Anlaß der Eröffnung der Kraftwagenstraße Köln—Bonn veranstaltet der Allgemeine Deutsche Automobil-Club e. V. Sitz München—Berlin am 6. und 7. August 1932 eine Strahlenfahrt mit und ohne Wertung. Teilnahmeberechtigt an dieser Veranstaltung sind alle Kraftfahrer Deutschlands und des Auslandes.

Die Ausschreibung zu dieser Veranstaltung befindet sich z. Zt. noch in Druck und wird in der kommenden Woche an alle Interessenten auf Anfrage durch den Gau IV (Rheinland) ADAC, Köln, Deutscher Ring 17, zur Absendung gebracht.

Köln. Zwei Betrüger verhaftet. Am 15. Juli wurde, wie die Polizei jetzt erst mitteilt, ein 26jähriger Fuhrmann wegen Rückfallbetruges festgenommen. Er täuschte einem jungen Ehepaar, das in Köln eine Wohnung suchte, vor, er habe in der Hühnergasse eine Wohnung zu vermieten. Er überredete die Leute, ihre Sachen vorläufig bei einem Spediteur unterzustellen. Zwei Tage später erschien er wieder mit der Angabe, die Wohnung sei zu beziehen. Er ließ sich für Miete 8 Mark geben. Dann ging er zu dem Spediteur und holte von den dort untergestellten Sachen für etwa 700 Mark Kleider und eine silberne Uhr ab. Die Uhr hinterlegte er bei einem Handwagenverleiher für einen Handwagen, den er zum Transport der Sachen benutzte. Der gemeine Bursche will die Sachen auf dem Heumarkt an einen Unbekannten angeblich für 9 Mark verkauft haben. — Am gleichen Tage wurde der 31jährige Vertreter Paul Quetsch verhaftet. Außer anderen Straftaten hatte er in den letzten Wochen in verschiedenen Fällen hiesige Bäckereien dadurch betrogen, daß er sich als Beauftragter der Kath. Schulorganisation ausgab und zur Zeichnung von Beträgen aufforderte, die ihm auch ausgehändigt wurden.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Zwei Kühe gestohlen

Leverkusen, 20. Juli. In der Nacht zum Dienstag wurden einem Landwirt zwei schwarz-weiße Kühe von einer Weide zwischen Hummelsheim und Uppersberg gestohlen. Es handelt sich um ein tragendes Tier und ein jüngeres Zuchttier. Nach den zurückgelassenen Spuren zu urteilen, sind die Tiere in der Richtung Glöbusch getrieben worden.

Neue Anlagen im Erholungspark

Dabringhausen, 20. Juli. Die Farbwerke Leverkusen, die in der hiesigen Gemeinde bei Große Ledder einen über 100 Hektar großen Park mit Erholungsheimen unterhalten, haben jetzt weitere Anlagen geschaffen, die den Erholungsuchenden und ihre Freizeit hier verbringenden Werksangehörigen den Aufenthalt angenehm gestalten. Unterhalb des Strandbades, das in den letzten Jahren geschaffen wurde, ist nach monatelanger Arbeit ein Gondelteich angelegt worden. Der Wasserzufluß ist leider noch zu gering, so daß noch einige Zeit vergehen wird, bis die ersten Boote darauf werden fahren können. Ferner wird unterhalb der Ferienhäuser gegenwärtig ein Tennisplatz angelegt. Das Strandbad hat im Frühjahr durch Ausbetonierung der Seitenwände und Plattenbelag auf der ganzen Sohle eine Verbesserung erfahren.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Herabsetzung der Jagdpacht

In der Jagdpachtangelegenheit hat das Pachteinigungsamt in Düsseldorf gestern nach mündlicher Verhandlung beschlossen, die Jagdpacht für das laufende Pachtjahr vom 1. Februar 1932 bis 31. Januar 1933 um 15 Prozent herabzusetzen und den Pächtern zweidrittel der Kosten auferlegt. Die Jagdpächter hatten eine Ermäßigung um 33 bis 39 Prozent rückwirkend vom 1. Pachtjahr, vom 1. Februar 1931 beantragt. Eine rückwirkende Pachtherabsetzung hat das Pachteinigungsamt abgelehnt, ebenso eine Herabsetzung für die kommenden Jahre der bis 31. Januar 1940 laufenden Pachtzeit. Das letzte Wort ist in dieser Angelegenheit damit noch nicht gesprochen. Die Jagdpacht-Genossenschaft wird wahrscheinlich Berufung beim Landgericht einlegen, da der Beschluß des Pachteinigungsamts im Widerspruch zu dem Rechtsentscheid des preußischen Kammergerichts vom 19. Dezember 1931 steht.

Wipperaue 100 Jahre im Besitze der Familie Evertz

Das Ausflugslokal Wipperaue ist in diesem Jahre nachweislich 100 Jahre im Besitz der Familie Evertz und hat sich in ihr vier Generationen hindurch erhalten. Im Jahre 1832 führte Peter Daniel Evertz und seine Gattin Margaretha geb. Schmetz die Wirtschaft. Dann ging sie auf den Bruder des Genannten, Johann Wilhelm Evertz und seine Ehefrau Wilhelmine geb. von zur Gathen über. Nach dem Tode des Mannes betrieb seine Witwe die Wirtschaft noch lange Jahre, und zwar bis zum Jahre 1881. Zu dieser Zeit übernahm sie deren ältester Sohn Robert Evertz, verheiratet mit Ida geb. Ern, welche die Wirtschaft bis zum Jahre 1913 betrieben. Dann übernahmen deren Sohn Otto Evertz und seine Ehefrau Martha geb. Neuhaus das Wirtschaftslokal und bauten es zu einem gern besuchten Ausflugslokal aus, dessen gärtnerische Anlagen eine besondere Anziehungskraft ausüben.

Zunächst diente das Lokal nur den örtlichen Bedürfnissen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß damals die Wupperorte verhältnismäßig stärker als jetzt bewohnt waren. Allerdings konnte von einem ausgedehnten Verkehr zwischen den einzelnen Wupperorten noch keine Rede sein, denn gut befahrbare Wege gab es hier noch nicht. Die einfachen Wege dienten lediglich der Feldbestellung. Die vorhandenen Verkehrsmöglichkeiten waren um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in dieser einsamen Wuppergegend noch so primitiv, daß die für Wohnstätten und Schleifkotten benötigten Kohlen und schweren Schleifsteine unter teilweiser Benutzung des Bettes des Weinsbergerbaches an Ort und Stelle geschafft werden mußten. Auch zur Ueberquerung der Wupper mittels Fuhrwerk bediente man sich einer in der Gegend von Nesselrath befindlichen Furth. Bei Haasenmühle befand sich bis in die sechziger Jahre nur ein einfacher Brückensteg über die Wupper für Fußgänger. Erst nach Errichtung der um diese Zeit entstandenen und jetzt noch vorhandenen gemauerten Brücke bei Haasenmühle begann sich der Verkehr auch in dieser Gegend zu beleben. Später wurde dann die Verbindungsstraße über Meiswinkel nach Widdert angelegt; der Fahrweg von Haasenmühle nach Brücke mag schon früher bestanden haben. An einen Ausflugsverkehr im heutigen Sinne wurde noch gar nicht gedacht.

Eine Belebung des Wirtschaftslokals Wipperaue setzte im Jahre 1893 ein, als der Gesangverein „Einigkeit" (Wipperaue), der vor 74 Jahren in dem Lokal gegründet wurde und bis jetzt dort tagt, einen Gesangwettstreit abhielt, an dem sich viele Gesangvereine der näheren und weiteren Umgebung beteiligten. Neben dem noch einfachen Wirtschaftslokal wurde zu diesem Zwecke ein großes Zelt errichtet. 1894/95 wurden die ersten Gartenanlagen geschaffen, zu denen im Jahre 1899 ein Saal erbaut wurde, der an Sonntagen eine Gelegenheit für die Jugend zum Tanz bot. Seit 1903/04 wurden die Gartenanlagen immer mehr erweitert und die noch heute veranstalteten Rosenfeste in Wipperaue eingeführt.

Der jetzige Inhaber des Lokals, Otto Evertz, ließ es sich nach der Wirtschaftsübernahme im Jahre 1913 besonders angelegen sein, das Lokal bedeutend zu erweitern. 1914 entstand die an den Saal angebaute Terrasse. Nach dem Kriege wurden weitere Hallen und der Musikpavillon errichtet, dann erfolgte der vor einigen Jahren vorgenommene Umbau der Küche und die Modernisierung der Wirtschaftsräume und der Gartenanlagen.

So ist aus der einfachen Wirtschaft für den lokalen Bedarf im Verlauf der vergangenen 100 Jahre ein bekanntes Ausflugslokal in der schönen Wupperlandschaft entstanden, welches sich auch in der weiteren Ferne einen Namen erworben hat.

Aus Anlaß des 100jährigen Bestehens will am kommenden Wochenende der Besitzer eine schlichte Jubiläumsfeier veranstalten. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß sich an diesen Tagen viele Freunde der Wipperaue in dem hübschen Ausflugsort einfinden werden, um ihre Glückwünsche darzubringen.

Der bergische Mensch

Ueber die Wesensart des Bergischen äußert sich ein Mitarbeiter der „Köln. Ztg." im Rahmen einer Artikelserie, die sich mit dem Bergischen Land und seiner Not befaßt, wie folgt:

Bergisches Land hat nie solche Menschen hervorgebracht, die mit ihrer Armut kokettierten oder mit der Armut Geschäfte zu machen trachteten. Reich ist das Land nicht von Natur aus. Täler und Höhen sind landschaftlich schön anzuschauen, aber der Boden ist alles andere als fett, und der Regen regnet zwar nicht jeden Tag, aber doch sehr häufig. Im Oberbergischen gibt es einen Winkel, der jetzt im Volksmund noch das Haferspanien heißt, weil dort lange hundert Jahre hindurch der Hafer die Brotfrucht war. Was der Boden an materiellen Gütern versagte, das erstellte sich der nie rastende, keine geographischen Grenzen für seine Betätigung kennende Geist des bergischen Menschen in seiner eigenartigen — oder vielleicht doch nicht eigenartigen — Mischung von calvinistischen Puritanismus und kaufmännischer Tüchtigkeit. Trotzig und eigenwillig ist das Volk der ruhmreichen Berge, grob und ungeschlacht erscheint es dem Fremden, besonders sofern er aus Kreisen und Gegenden mit höfisch dienernden Umgangsformen kommt. Der Bergische gilt als Krakeeler, es sei nicht bestritten. Aber in ihm steckt ein unbändiger Lebenstrotz, steckt ein wühlender Arbeitswille, der Drang, sich ohne den Staat und ohne das Bürgermeisteramt durchzuhauen, auch durch das schlimmste Dickicht, was dieses Leben aufzurichten vermag. Und dieser bergische Mensch ist ausgestattet mit scharfem Geist, der bei aller Heimattreue für seine Betätigung keine nationalen und binnenwirtschaftlichen Grenzen kennt. Sein Feld ist die Welt, und er versteht es nicht, mag er sich auch einmal zeitweise infolge seiner Krakeelsucht politisch verirren, wie diese Welt abgeriegelt werden soll durch eine Politik, Autarkie oder mit sonstigen Unsinnigkeiten benannt und angepriesen. — Dieses Bergische Land wird erst wieder gesund, wenn die Welt offensteht, die Autarkieträume und andere Phantastereien ausgeträumt sind und zwar nicht nur bei uns, sondern auch bei den übrigen Völkern der Erde.

Der schicksalsschwere 20. Juli 1932

Papen Reichskommissar von Preußen

Dr. Bracht sein Bevollmächtigter

Im Anschluß an den Empfang der preußischen Minister Hirtsiefer und Severing beim Reichskanzler, der heute Morgen um 10 Uhr stattfand, verlautet, daß Reichskanzler v. Papen Reichskommissar für Preußen und Oberbürgermeister Dr. Bracht-Essen sein Bevollmächtigter werden wird.

Verordnung des Reichspräsidenten betr. die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußens vom 20. Juli 1932

Aufgrund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußens folgendes:

§ 1

Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereiches alle Befugnisse der preußischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preußischen Staatsministeriums aus.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Neudeck und Berlin, den 20. Juli 1932.

(gez.) von Hindenburg
(gez.) von Papen.

Braun und Severing abgesetzt

Begründung der Notverordnung

Durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 ist der Reichskanzler zum Kommissar von Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft hat er aufgrund der ihm erteilten Vollmachten den Ministerpräsidenten Braun und den Minister des Innern, Severing, ihrer Aemter enthoben. Die Befugnisse und Aufgaben des preußischen Ministerpräsidenten sind auf den Reichskanzler als Reichskommissar übergegangen.

Die Selbständigkeit des Landes Preußens im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine baldige Beendigung des aufgrund der Notverordnung geschaffenen Zustandes eintreten wird.

Die blutigen, von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor diese schwere Aufgabe gestellt,

von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Lande Deutschlands zu sorgen. In den übrigen deutschen Ländern, in denen die Polizeibehörden straff geleitet werden, besteht keine Befürchtung, daß kommunistische Umtriebe Erfolg erzielen. Die Reichsregierung bedauert lebhaft, daß

diese Voraussetzungen für Preußen nicht in dem notwendigen Umfang zutreffen,

obgleich die ordentlichen Polizeiorgane durch Einsatz von Person und Leben der Beamten nicht genügt haben, den offenbar von

langer Hand vorbereiteten Unruhen

Herr zu werden. In Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß Planmäßigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlen.

Es ist kein Zufall, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampfesorganisation am straffsten und erfolgreichsten aufgetreten ist,

und an den verschiedensten Orten ernste und blutige Unruhen hervorgerufen hat. Es besteht der begründete Verdacht, daß

hohe preußische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen,

die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt ist dieser Eindruck in der Oeffentlichkeit durch die

ungezügelten scharfen Angriffe des preußischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamten gegen die Reichsregierung

Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reiches und Preußens in die Hand des Reichskanzlers, als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes

Das Wetter von heute und morgen

Weiterhin kühl mit mäßigen westlichen Winden, wolkig, ohne nennenswerte Niederschläge.

Reichskommissar – Ausnahmezustand

Zu den Vorgängen, die sich bei dem Erlaß und der Durchführung der heutigen Notverordnung abgespielt haben, erfahren wir noch folgendes:

Um 10 Uhr vormittags hatte der Reichskanzler die preußischen Minister Severing und Hirtsiefer zu sich gebeten, um ihnen die vorbereitete Verordnung und die Enthebung des Ministerpräsidenten Braun und des Reichsinnenministers Severing mitzuteilen, sowie gleichzeitig den an den früheren Oberbürgermeister von Essen, Dr. Bracht, erteilten Auftrag zur Wahrnehmung der Geschäfte des preuß. Ministerpräsidenten. Auf das Ersuchen, diesem sein Amt zu übergeben, weigerte sich der bisherige preußische Innenminister Severing mit der Begründung, er bezweifle das verfassungsmäßige Zustandekommen der Verordnung und werde nur der Gewalt weichen. Der Reichskanzler erwiederte, daß die Frage der Verfassungsmäßigkeit zwar durch den Staatsgerichtshof zu prüfen, aber einstweilen einer mit der Unterschrift des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vorliegenden Verordnung rechtsgültig sei.

Daraufhin wurde der Ausnahmezustand über Berlin und die Provinz Brandenburg verhängt. Inhaber der vollziehenden Gewalt ist der Wehrkreiskommandeur General Rundstedt; ihm untersteht auch die Polizei in Berlin und Brandenburg.

Im Zusammenhang mit den Notmaßnahmen der Reichsregierung wird betont, daß die verfassungsmäßige Selbständigkeit des Landes Preußens und seiner Regierung in keiner Weise angetastet werden sollen, daß also die von der Maßnahme nicht betroffenen Mitglieder der preußischen Regierung ihre Aemter weiter versehen. Eine Erklärung, wie sich diese Minister zu dem Sachverhalt stellen, liegt allerdings bis zur Stunde nicht vor. Der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer und der Finanzminister Klepper haben sich zwar mit der Stellungnahme Severings bei der Aussprache mit dem Reichskanzler identifiziert; sie sind aber von den Maßnahmen des Reichskommissars nicht betroffen.

Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg

Berlin, 20 Juli. Eine Notverordnung des Reichspräsidenten ordnet den Ausnahmezustand für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg an.

Erklärung der Reichsregierung

In dem über die deutschen Sender gestern abend gegebenen Nachrichtendienst der Dradag wurde folgende Erklärung der Reichsregierung verlesen:

Bei dem Vollzug der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932, die weitgehende Milderungen gegenüber den bis dahin bestehenden Maßnahmevorschriften brachte, hatte der Herr Reichspräsident in einem Brief an den Reichsminister des Innern, der seinerzeit auch der Oeffentlichkeit bekanntgegeben worden ist, der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen werde, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben würden. Der Herr Reichspräsident hatte hinzugefügt, daß er, falls sich diese Erwartung nicht erfüllen sollte, entschlossen sei, mit allen ihm verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen.

Leider haben sich jedoch die politischen Zusammenstöße und Ueberfälle namentlich in letzter Zeit dauernd vermehrt, und die Zahl der Toten und Verletzten, die das Opfer von Ueberfällen geworden sind, ist erschreckend gestiegen. Die Polizeigewalt hat offensichtlich nicht überall ausgereicht, solche Zusammenstöße und Ueberfälle zu verhindern.

Der Reichsminister des Innern hat bei dieser Sachlage von der ihm durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juni 1932 erteilten Befugnis, Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge wieder zu verbieten, Gebrauch gemacht. Nachdem am Sonntag vor acht Tagen in Ohlau und am letzten Sonntag in Altona sich die bekannten blutigen Vorfälle ereignet hatten, mußte es der Reichsminister des Innern in Uebereinstimmung mit dem Kabinett als seine Pflicht ansehen, zunächst diese Maßnahme zu treffen. Es ist aber verständlich und von der Reichsregierung auch bereits gestern angekündigt worden, daß das Demonstrationsverbot nur ein erster Schritt ist. Die Länderregierungen sind ersucht worden, die aus dem Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen sich ergebende Entlastung der Polizei dazu auszunutzen, um die Schlupfwinkel und Waffenlager der Kommunisten, deren Vorhandensein durch die Altonaer Vorgänge erwiesen ist, nachdrücklichst auszuheben und damit die Grundlage für eine künftig ruhigere Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen zu schaffen. Die Reichsregierung wird dem Herrn Reichspräsidenten nötigenfalls weitere Maßnahmen gegen diejenigen vorschlagen, die künftig den politischen Kampf mit der Waffe in der Hand oder gar unter verbrecherischer Verwendung von Sprengstoff führen sollten. Das deutsche Volk kann darauf vertrauen, daß die Reichsregierung durchgreifen wird.

Kabinettskrise in Italien

Der König von Italien hat den Rücktritt des Außenministers Grandi, des Finanzministers Mosconi, des Justizministers Rocco, des Erziehungsministers Guigiano und des Korporationsministers Bottai entgegengenommen. Er ernannte zum Minister für auswärtige Angelegenheiten und Korporationen den Regierungschef Mussolini, zum Justizminister den Abg. und Rektor der Universität Rom, Prof. de Francisci, zum Finanzminister den Abg. Guido Jung und zum Erziehungsminister den Abg. und Rektor der Universität Palermo, Prof. Ercole.

Grzesinski tritt zurück

Wie wir erfahren, hat sich der Berliner Polizeipräsident Grzesinski bereiterklärt, seinen Posten an den Essener Polizeipräsidenten Melcher als seinen Nachfolger abzutreten. Der kommissarische Polizeipräsident von Berlin, Melcher, hat sein Amt heute mittag um 12,30 Uhr übernommen.

Außer dem Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski sind auch der Vizepräsident von Berlin, Dr. Weiß und der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Oberst Heimannsberg zurückgetreten. Anstelle von Oberst Heimannsberg ist Oberst Poten zum Kommandeur ernannt worden.

Das alte preußische Staatsministerium erhebt Einspruch

Wie wir erfahren, hat das alte preußische Staatsministerium beschlossen, den Staatsgerichtshof wegen des Einschreitens des Reiches anzurufen und eine einstweilige Verfügung zu beantragen.

Das Neueste

In einer Erklärung der Reichsregierung wird darauf hingewiesen, daß das Demonstrationsverbot nur ein erster Schritt sei. Die Reichsregierung werde dem Reichspräsidenten nötigenfalls weitere Maßnahmen gegen diejenigen vorschlagen, die künftig den politischen Kampf mit der Waffe in der Hand führen sollten.

In einer großen Zentrumskundgebung in der von 10 000 Personen vollbesetzten Stadthalle in Stuttgart nahmen Dienstagabend Reichskanzler a. D. Dr. Brüning und der württembergische Staatspräsident Dr. Bolz das Wort.

Im Schneidemühler Stadion machte Dienstagnachmittag Adolf Hitler vor etwa 10 000 Personen Ausführungen. Anschließend begab sich Hitler zu einer weiteren Wahlversammlung im Flugzeug nach Kottbus.

Im Devaheimprozeß stellte der Staatsanwalt folgende Strafanträge: gegen Pastor Cremer und Claussen je drei Jahre Gefängnis, gegen Wilhelm Jeppel zweieinhalb Jahre, gegen Ernst Wilhelm Cremer acht Monate Gefängnis.

In der gestrigen Sitzung des Amnestie-Ausschusses der Hamburger Bürgerschaft wurde die nationalsozialistische Amnestievorlage mit den Stimmen der Regierungsparteien und Deutschnationalen gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt.

Auf der Zeche Oespel bei Dortmund wurden durch Zubruchgehen einer Strecke zwei Bergleute verschüttet. Einer wurde schwerverletzt geborgen, der andere war tot.

Rechtsanwalt Dr. Otto Winkler setzte sich gestern vormittag im Bonner Amtsgerichtsgebäude auf das Treppengeländer und las in den Akten. Dabei verlor er das Uebergewicht und fiel rücklings aus dem zweiten Stock in den Flur hinab. Er erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß der Tod sofort eintrat.

Im Zusammenhang mit dem Besuch des deutschen Geschäftsträgers im englischen Außenamt wegen des Vertrauensabkommens meldet die „Times", die deutsche Regierung wünsche im Falle ihres Beitritts ihre volle Handlungsfreiheit zu behalten, um politische Fragen aufwerfen zu können.

Im Steinbruch der Ortschaft Oberaudorf (Bayern) ereignete sich gestern Nachmittag ein schweres Sprengunglück, das ein Todesopfer und zwei Verletzte forderte.

Der Präsident des österreichischen Nationalrates hat wegen der gemeldeten Zwischenfälle im Finanzausschuß bei der Staatsanwaltschaft Straf-

anzeige gegen den Abgeordneten des Heimatblocks Heinzl eingereicht.

Die Studenten Jiretz und Pauli, die seit Sonntag in Cellon (Gailthal) vermißt wurden, sind heute tot aufgefunden worden. Sie sind im Gebirge abgestürzt.

Minister Dr. Benesch hat mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot eine längere Unterredung gehabt über die Frage des Vertrauenspaktes. Die Tschechoslowakei wird dazu einen positiven Standpunkt einnehmen.

Vom Büro der Genfer Abrüstungskonferenz wird mitgeteilt, daß der Hauptausschuß heute nachmittag zusammentreten werde, um zu dem Resolutionsentwurf, mit dem der erste Tagungsabschnitt abgeschlossen werden soll, Stellung zu nehmen. Wie verlautet, sind die Lücken, die in dem Resolutionsentwurf Beneschs offengelassen werden, bezüglich der Tanks, der Effektivstärken, der Budgetbegrenzung durch allgemeine Formulierungen ausgefüllt worden. Man nimmt an, daß die eigentliche Beratung des Resolutionsentwurfes erst am Donnerstag beginnt.

Die Pariser Morgenpresse ist über die Genfer Einigung geteilter Meinung. Man begrüßt zwar allgemein die Beseitigung der bisherigen Schwierigkeiten, übt aber auch heftige Kritik an den verschiedenen geplanten Maßnahmen.

Durch die Explosion einer Granate in einer Pulverfabrik im Departement Seine-et-Oise wurden zwei Arbeiter getötet und ein Hauptmann schwer verletzt.

Die in London geführten Verhandlungen zwischen Vertretern der chilenischen und der europäischen Stickstoffindustrie haben zu einer Einigung über die Grundlage einer vorläufigen Verständigung geführt.

In Gran Chaco haben sich neue militärische Zwischenfälle ereignet. In Zusammenhang damit wurden am Dienstag in La Plaz Demonstrationen veranstaltet und der Krieg gegen Paraguay gefordert. Der Präsident hielt eine Ansprache und erklärte, die Regierung sei bereit, die vaterländischen Belange zu verteidigen.

Ein Flugzeug der Panamerikanischen Luftverkehrsgesellschaft, das auf dem Wege von Santiago de Chile nach Buenos Aires verschollen war, wurde völlig zerstört aufgefunden. Die 10 Insassen waren tot.

In der Provinz Jehol (Mandschurei) ist es zu Kämpfen zwischen Chinesen und Japanern gekommen. Japanische Flugzeuge hätten die Stadt Tschaoyang, nordwestlich von Tschintschin, mit Bomben beworfen.

Westdeutsches

Weberstreik in Gladbach-Rheydt

Der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition ist es gelungen, in fünf großen Textilbetrieben in Gladbach-Rheydt die Belegschaft zu einem wilden Streik zu organisieren. Nach Schätzung der Textilarbeitergewerkschaften sind gestern etwa 3000 Textilarbeiter den Betrieben fern geblieben.

Aachen. Der Schmuggel. Beim Zollamt Vaalser Quartier wurden in dem Gefährt eines Lumpenhändlers 100 Pfund Kaffee gefunden. — Bei einer Razzia am Preußweg beschlagnahmten Beamte der Zollaufsichtsstelle Beeck 250 Pfund Zucker, 40 Pfund Kaffee, 12 Pfund Kakao, 120 Päckchen Puddingpulver und 4000 Zigaretten. — Am Pontor wurde am Abend ein Schmugglerauto mit 250 Pfund Kaffee gestellt. Der Führer mit dem Begleiter konnte wegen des starken Verkehrs entkommen. Der Wagen und die Ladung wurden beschlagnahmt.

Remagen. Beim Abschleppen tödlich verunglückt. Abends befand sich hier der Motorradfahrer Heiler aus Köln mit seinem Bruder, der ebenfalls auf einem Motorrad saß, auf der Rückfahrt vom Nürburgring. Bei dem Orte Hannebach auf der Abfahrtstraße von der Hohen Acht fuhr er wegen einer Panne im Schlepp des Bruders. Diese Fahrt wurde ihm zum Verhängnis. Sein Rad kam ins Schleudern und fuhr gegen einen Prellstein. Hierbei erlitt Heiler so schwere Kopfverletzungen, daß er noch auf dem Wege zum Krankenhaus starb.

Gütersloh. Zollhinterziehungen in einer Höhe von 60 000 RM. wurden von der Zollfahndungsstelle Dortmund bei der bäuerlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaft Versmold festgestellt. Die Zollhinterziehungen, die schon längere Zeit zurückliegen, fallen noch in die Amtszeit des früheren Geschäftsführers Simon, der wegen Unregelmäßigkeiten sein Amt aufgeben mußte. Um eine Gesundung der Genossenschaft herbeizuführen, mußten seinerzeit von sämtlichen Genossen erhebliche Nachzahlungen auf die Geschäftsanteile geleistet werden. Welche Folgen sich aus den Zollhinterziehungen für die Genossenschaft ergeben, ist noch nicht abzusehen.

Schweres Autobusunglück im Saargebiet

4 Schwerverletzte, mehrere Leichtverletzte

Nachmittags geriet zwischen Spiesen und Neunkirchen (Saar) ein Motorwagen mit Anhänger in einer S-Kurve aus der Fahrbahn, stellte sich quer über die Straße, raste durch eine Mauer und blieb erst stehen, als die Vorderräder frei in der Luft schwebten. Der Anhänger riß sich los und blieb dann 10 Meter weiter quer auf der Straße stehen. Der Wagenführer, der auf seinem Führersitz geblieben war, erlitt eine Halswirbelverstauchung durch ein herabfallendes Holzstück.

Drei Fahrgäste, die in der ersten Kurve aus dem Wagen gesprungen waren, trugen schwere Verletzungen davon, zwei im Wagen gebliebene Fahrgäste erlitten Hautabschürfungen. Die Ursache des Unglücks soll in zu großer Geschwindigkeit liegen.

Münster. Um die Besetzung des Musikdirektorpostens. Die zum Zwecke der Prüfung der Bewerber um den Posten eines städtischen Musikdirektors eingesetzte Kommission befaßte sich mit dem Theater- und Musikausschuß mit den Bewerbungen der einzelnen Herren und stellte folgende Bewerber in die engere Wahl: Jochum, Augsburg; Schmitz, Kapellmeister, Charlottenburg; Dr. Rohr, Kapellmeister, Bremen; Belker, Musikdirektor, Gelsenkirchen; Henrich, Kapellmeister, Magdeburg; Dr. Neyses, Dirigent, Düsseldorf. Bei Jochum-Augsburg handelt es sich um den 23jährigen Bruder des früher in Duisburg tätigen, jetzigen Generalmusikdirektors der Berliner Funkstunde. Die Bewerber sollen nach den Ferien ein mit eigenem Programm ausgestattetes großes Konzert dirigieren. — Was die Frage der Zusammenarbeit der beiden Theater in Osnabrück und Münster anbelangt, so wurde von den Verwaltungen der beiden Städte ein Vertrag unterzeichnet, der die Zusammenarbeit der beiden Theater unter dem Osnabrücker Intendanten Dr. Berendt regelt. Der Vertrag, der am 1. September 1932 in Kraft treten soll, soll vorläufig auf ein Jahr befristet sein.

Die Wirtschaft für endliche Sanierung der Landesbank der Rheinprovinz

Ein Telegramm rheinischer Handelskammern und des Langnamvereins an den Reichskanzler

Aktuelle Sorgen der Wirtschaft haben die Industrie- und Handelskammern Köln, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Krefeld, Wuppertal-Remscheid, Solingen und den Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen veranlaßt, folgende Drahtung an den Reichskanzler und die zuständigen Reichs- und Staatsminister zu richten:

> Ueber ein Jahr ziehen sich nun schon die Verhandlungen über die Sanierung der rheinischen Landesbank hin, ohne zu einem Abschluß zu kommen. Dadurch ist ein Zustand der Unsicherheit gegeben, dessen Auswirkungen auf die rheinische Wirtschaft unerträglich sind. Die angegebenen Körperschaften wissen sich mit allen Berufsständen in der dringenden Bitte an die Reichs- und Staatsregierung einig, diesem Zustande lähmender Unsicherheit endlich ein Ende zu bereiten. Reichs- und Staatsministerien haben sich inzwischen übereinstimmend dafür ausgesprochen, die Stützung und Aufrechterhaltung der Landesbank der Rheinprovinz unter allen Umständen zu sichern. Die rheinische Wirtschaft hat diesen Entschluß der Zentralstellen im Reich und Staat auf das wärmste begrüßt, erwartet nunmehr aber, daß endlich auch die praktische Ausführung der Erklärung der Reichs- und Staatsregierung erfolgt.

Eine neue Verhaftung im Falle Günther-Kosten

Wie wir erfahren, ist im Falle Günther-Kosten, des vor 2½ Jahren spurlos verschwundenen sechsjährigen Jungen aus Essen-West, dessen vermutliche Leiche kürzlich mumifiziert in einem Kellerwinkel einer in der Nähe der Familie Kosten wohnenden Familie gefunden worden ist, eine neue Verhaftung erfolgt. Nähere Einzelheiten können im Interesse der Untersuchung noch nicht mitgeteilt werden. Wie verlautet, ist die Todesursache immer noch nicht festgestellt.

Die Fortführung des Dortmunder Stadttheaters gesichert

Minister Severing gibt weitere Zuschüsse für die Erwerbslosen — Städt. Zuschuß für Theater und Orchester 828 000 RM.

In Verfolg der Besprechungen, die am 28. Juni ds. Js. zwischen Vertretern der Stadt Dortmund und dem Minister Severing stattgefunden hatten, hat der Minister nunmehr der Stadtverwaltung schriftlich mitgeteilt, daß er mit der Verwaltung der Ansicht ist, daß eine Schließung des Theaters in diesem Augenblick über Dortmunds Mauern hinaus den allerungünstigsten Eindruck machen und eine Verzweiflungsstimmung schaffen würde, die zu dämpfen, gerade jetzt notwendiger denn je erscheine. Der Minister erklärt sich bereit, im Falle der Weiterführung des Theaters und Orchesters der Stadt Dortmund weitere notwendige Zuschüsse für die Unterstützung der Erwerbslosen zu gewähren. Im übrigen spreche er seine Genugtuung darüber aus, daß die Stadtverwaltung bestrebt sei, die Zuschüsse für das Theater und Orchester noch weiter zu vermindern und wiederhole die Bitte, auch in der Folgezeit in diesem Sinne bemüht zu sein.

Unmittelbar nach Eingang der Antwort des Ministers sind die zuständigen Deputationen erneut zusammengetreten und haben sich mit großer Mehrheit damit einverstanden erklärt, daß das Theater in städtischer Regie unter Bewilligung eines Zuschusses von 600 000 RM für das Rechnungsjahr 1932 weitergeführt und das städtische Orchester, unter Bewilligung eines Zuschusses von 228 100 RM aufrechterhalten wird. Der Magistrat ist dem Beschluß beigetreten. Damit ist die Weiterführung beider Einrichtungen für die Spielzeit 1932-33 gesichert. Die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung soll in der nächstordentlichen Sitzung eingeholt werden.

Zwei Arbeiter nach Ammoniakgasen gestorben

Am Mittwoch vergangener Woche erlitten vier Arbeiter auf dem Stickstoffwerk Scholven in Gelsenkirchen-Buer durch Undichtwerden eines Niederdruckrohres leichtere Vergiftungen durch Ammoniakgase. Sämtliche Personen fanden Aufnahme im Krankenhause. Bei zwei der Erkrankten trat nach einigen Tagen Lungenentzündung ein, die jetzt zum Tode führte. Die beiden anderen Erkrankten befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Wer wird Präsident von U. S. A.?

Hoover oder Roosevelt? — Was in den Sternen steht ...

Die Bewerber um das höchste Amt der Vereinigten Staaten von Amerika sind jetzt benannt: Hoover und Roosevelt. Der große Kampf, der mit einem Kraftaufwand geführt wird, wie wir ihn trotz aller Spannungen bei uns nicht kennen, kann beginnen. Einstweilen ist es allerdings noch ziemlich ruhig, um aber die Sache langsam anzukurbeln, hat man die Sterndeuter um ihre Meinung befragt, bevor ihr gewichtiges Wort im Trubel und Lärm des Wahlkampfes untergeht.

Wenn man die gesammelten Stimmen der amerikanischen Astrologen übersieht, die sich genau wie in Deutschland auch jenseits des Ozeans einer steigenden Beliebtheit erfreuen, dann hat der Gouverneur Franklin D. Roosevelt, der Präsidentschaftskandidat der demokratischen Partei, seine Partie schon jetzt verloren. Er brauchte garnicht erst anzutreten. Denn er ist am 30. Januar 1882 geboren und steht unter einem miserablen Stern.

Einer besonderen Glaubwilligkeit erfreuen sich jetzt in den Vereinigten Staaten die Berechnungen des „Universalastrologen" David Sturgis. Dieser Magier gibt bekannt, daß Roosevelt von Saturn und Neptun bestrahlt wird. Im März habe eine Bestrahlung eingesetzt, die anfangs noch ganz günstig aussähe und beinahe sogar Erfolg verheiße. Leider aber breche dieses verheißungsvolle Erfolgsbild mit einem Male zusammen, und zwar so radikal, daß in der Tat auf einen Erfolg keinerlei Hoffnung mehr bleibe. Wenn man David Sturgis glauben darf, dann ist es auch um den dritten, von vornherein wenig aussichtsreichen Kandidaten Al Smith ziemlich schlecht bestellt. Demnach hat also Hoover die meisten Aussichten, wieder gewählt zu werden, wenn ihm auch einstweilen der Erfolg noch nicht direkt verheißen wird. Wie man sieht hält sich der Meister aller Magier vorsichtig an dem Geländer fest, das sich auch für den völlig normalen, der Sternendeutung unkundigen politischen Wanderer auf Grund sehr realer Schätzungen als Halt für eine Prophezeiung der Zukunft in U. S. A. ergibt.

Neu sind nur einige andere Voraussagen Sturgis' So kündigt er einige Börsenhaussen an, die sich im Rahmen des Kampfes um die Präsidentschaft abspielen werden. Das ist auch nicht unwahrscheinlich, wenn die Kandidaten mit Versprechungen nicht allzu sparsam umgehen. Dann wird Sturgis geheimnisvoller. Alle anderen Ereignisse, vor allem in der Politik, würden sehr schnell und überraschend kommen. Es werde eine neue Partei gegründet werden, die alle Unzufriedenen unter ihrem Banner vereinigen werde. Die Parteigründung werde eine Menge neuer Aussichten mit sich bringen! Und dann, schließt der Prophet mit den dunklen Worten: „Ich sehe einen neuen Himmel und eine neue Erde!" ...

Bata

Bata hatte nicht den besten Namen der Welt. Er galt als

der Typus des asozialen Unternehmers,

der aus seinen Arbeitern und Angestellten das letzte für sich herausholte und ihnen dafür das mindeste bot. Selbst die Verantwortung für die Geschäftsführung, für das Geschäftsrisiko wußte er in sonst unbekanntem Maße von seinen Schultern auf die seiner Arbeitnehmer zu legen. Von keiner Rücksicht gehemmt, strebte er vorwärts, suchte er Kapital zu schlagen aus fremder Kraft und fremder Not. Das ist das Urteil der Welt über den tschechischen Schuhkönig, der am Dienstagmorgen in Otrokowitz, wo er einen eigenen Flugplatz mit einer ganzen Flugzeugflotte hielt, abstürzte und dessen Leiche, in drei Teile zerschnitten, aus den Flugzeugtrümmern hervorgezogen wurde.

In seinen rücksichtslosen Geschäftsmethoden, zu denen ihm das Fehlen jeglicher sozialen Gesetzgebung und die an sich schon niedrigen Arbeitslöhne in der Tschechoslowakei neben der starken Förderung durch die Regierung die Möglichkeiten boten, ist ein großer Teil des Erfolges Batas begründet. Sein klarer Blick, sein eiserner Wille, sein überragendes Organisationstalent und — manche Fehler auf der Seite der angegriffenen Konkurrenz taten das übrige zu dem seltenen Aufschwunge der Batascher Unternehmen. Sein Arbeitsverfahren bot ihm die größten Sicherungen gegen die zeitbedingten wirtschaftlichen Schwankungen, sein Werk blühte noch, als andere mühsam mit dem Leben rangen; während andere froh waren, den Bestand ihrer Unternehmen zu halten, dehnte Bata sein Geschäft immer weiter aus, auf neue Länder, auf neue Zweige, wie etwa den Bau von Fahrrädern und Automobilen. Ganz ging die Krise natürlich nicht an Zlin, seinem Hauptfabrikationsort, vorbei, die Zeiten, da er täglich 180 000 Paar Schuhe in die Welt schickte, sind hier längst vorbei.

Sensation in Prag

Ob die Wirtschaftsnot doch noch Hefer in das Werk Batas eingegriffen hat, als man äußerlich sehen konnte, das wird wohl in den nächsten Tagen offenbar werden. In den Lagern und Speichern von Zlin haben sich die Schuhe zu Bergen von 25 Millionen Paar angesammelt, seit die Schutzmaßnahmen der anderen Staaten den tschechischen Schuhen den Weg in die Welt versperren; die Fünftage-Woche wurde eingeführt, Arbeiter wurden entlassen. Wie weit sich aber die Krise in dieses gegen Konjunkturschwankungen bestens gesicherte Unternehmen eingefressen hat, das, wie gesagt, wird wohl erst später sichtbar werden. Man wird unwillkürlich an den plötzlichen Tod Ivar Kreugers und die folgende Katastrophe des Zündholzes erinnert.

Im offiziellen Prag ist die Nachricht vom Tode Batas wie eine Bombe eingeschlagen. Der Ministerpräsident wurde aus dem Ministerrat herausgerufen, um die Mitteilung zu empfangen, er verständigte sich sofort mit dem Finanzminister, und der setzte sich ohne Verzug mit Zlin in Verbindung. Gewiß wird die Regierung alles tun, um einer Katastrophe nach Kräften vorzubeugen.

Ein fast beispielloser Aufstieg

Batas Leben ist, wie sein Tod, merkwürdig genug, daß es der kurzen Schilderung verdient. Der Sohn eines kleinen Schusters aus Ungarisch-Hradisch in der Slowakei half seinem Vater bis zum 18. Lebensjahre in der Schusterwerkstatt. Auf den Märkten der Umgebung verkaufte er die Erzeugnisse der heimischen Arbeitsstätte. Als ihm sein Vater nach Prag zu einer Besorgung schickte, erkannte er dort mit einem Schlage die großen Absatzmöglichkeiten der Stadt. Das war der Wendepunkt seines Lebens, er bildete sich von da aus zielbewußt aus, gründete mit seinen Geschwistern eine größere Schuhwerkstatt, aus Deutschland bezog er Maschinen zur Schuhfabrikation. Ein Jahr ging er nach Amerika, als Arbeiter die dortigen Produktionsmethoden in den größten Betrieben zu studieren. Dann gründete er die Fabrik in Zlin, besorgte sich im Kriege Heereslieferungen im größten Stile und nach der Gründung des tschechoslowakischen Staates verstand er es, durch seine Arbeitsmethoden sich in die erste Reihe der Wirtschaftsführer nicht nur seines Vaterlandes, nein, der ganzen Welt zu drängen. Ein fabelhafter Aufschwung, ein Weg aufwärts fast ohne Rückschlag, den der Flickschustergeselle in den 56 Jahren seines Lebens bis zum „Schuhkönig" genommen hat.

„Jedem jährlich zwei Paar Schuhe!"

Seine Reklame hielt dieser Mann, der — ein Schlagwort aus dem sozialen Kampf sei erlaubt — ein „kapitalistischer Ausbeuter der Arbeitermassen" war, in einem mehr als menschenfreundlichen Tone, als täte er alles bloß, um andere glücklich zu machen, um das Elend dieser Erde zu mildern. „Jedem jährlich zwei Paar Schuhe!" das bezeichnete er als Mindestanspruch eines zivilisierten Menschen. Er gab seinem Leitspruch lange Statistiken bei, die belegten, wie weit die Menschheit noch von diesem Ideal entfernt sei. In einigen Staaten sei man aber schon dem gewünschten Zustande näher gekommen, vornehmlich in denen, die ihre Schuhe aus Zlin zu beziehen pflegten.

Zwei Milliarden Menschen, so argumentierte er, wohnen auf der Erde, aber es werden für sie nur 900 Millionen Paar Schuhe hergestellt, und davon entfallen schon allein 400 Millionen auf Amerika. Der Weg zum Idealzustand müsse über die zweckentsprechende Regelung der Erzeugung und des Absatzes gehen. Nur so könne ein Preis ausgerechnet werden, der es jedem gestatte, sich im Jahre 2 Paar Schuhe zu leisten. So werde der Einzelne „aus den Niederungen des Daseins zur vollen Würde des Menschentums emporgehoben", so werde die Kernfrage des Lebens, die Teilnahme an der Kultur, gelöst.

Die „volle Würde des Menschentums" in Zlin

Trotz dieser menschenfreundlichen Konstruktionen bescheinigte das Preußische Kammergericht in Berlin Bata in dem Prozeß gegen den Schriftsteller Philipp, den Verfasser des Buches „Der unbekannte Diktator", wörtlich:

> „Hält man alles Erörterte zusammen, so erlangt die Annahme immer größere Wahrscheinlichkeit, daß durch eine aufs äußerste gesteigerte Ausnutzung des ökonomischen Machtelements — mit Hilfe eines psychologischen aufs klügste durchdachten Systems — Erscheinungen geseitigt werden, die sich — nach dem Sprachgebrauch der „Ausbeutungstheorie" — als stärkste „Ausbeutung" der Arbeiterschaft darstellen."

Alle Proteste Batas gegen den Vorwurf einer höchst asozialen Arbeitsmethode haben die Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, daß wohl nirgends in einem zivilisierten Staate so viel Arbeit gegen so geringes Entgelt geleistet werden muß, daß er seinen Arbeitern jede Standesvertretung versagte und der nur unorganisierte Leute in seine Betriebe nahm. Diese Leute stehen darum nun, soweit sie entlassen wurden, vollkommen mittellos da. An den durch Einführung der Fünftage-Woche freigewordenen Sonnabende werden die Angestellten, „damit sie nicht faulenzen, . . . verkaufen lernen . . . bei Regulierungen und Bauten von Straßen . . . arbeiten". (Aus der Bata-Zeitschrift „Zlin".)

Mit solchen Mitteln hat Bata sein Unternehmen aufgebaut, 30 000 Arbeiter und Angestellte waren zeitweilig in Zlin beschäftigt, er brachte die Tschechoslowakei in der Reihe der schuheproduzierenden Länder von der vierten auf die erste Stelle in der Welt. Das hat der Staat ihm dankbar anerkannt, er hat ihm geholfen und ihn unterstützt, wo und wie er nur konnte.

Der Angriff auf Deutschland

Lange Zeit strömten die Schuhe Batas, solange der deutsche Zollschutz nicht ausreichend hinderte, in Massen auch in das Deutsche Reich. Erst 1928, als die Zollsätze erhöht wurden, ging die Einfuhr von Bata-Schuhen zurück. In diesem Jahre kamen nur 3 Millionen Paar Schuhe über die tschechische Grenze, im folgenden Jahr 1929 war es aber nur noch die Hälfte, und im Jahre 1931 erreichte die Ziffer schon nicht mehr die halbe Million. Durch die Uebernahme der Romeo-Gesellschaft im Jahre 1930 suchte Bata den verlorenen deutschen Markt wiederzugewinnen. Um auch die Produktion im größten Maßstabe innerhalb der Reichsgrenzen aufnehmen zu können, suchte er nach einem geeigneten Fabrikationsgelände. Unter der gewohnten, anspruchslosen schlesischen Bevölkerung glaubte er die billigsten und willigsten Arbeitskräfte zu finden. Er verhandelte zunächst mit der Preußischen Regierung um den Erwerb des Klodnitzer Forstes in Oberschlesien. Merkwürdigerweise zeigte sich die Preußische Regierung dem Plane zugänglich, und erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die über die Haltung der Regierung entrüstet war, stand sie von dem Geländeverkauf ab. Da es kein Gesetz gibt, das Privateigentum den Verkauf von Grund und Boden an Ausländer verbietet, wenn nationale Interessen es erheischen, erwarb Bata das Gut Ottmuth im Kreise Groß-Stehlitz, um dort im Kleide einer Gesellschaft deutschen Rechtes seine Großfabrik zu bauen.

Die deutsche Schuhindustrie hat sich gegen den Einbruch nach Kräften gewehrt; in Berlin zogen bei der Eröffnung der ersten Bata-Geschäfte Patrouillen durch die Stadt, die Plakate umtrugen: „Laßt deutsche Schornsteine rauchen! Kauft deutsche Schuhe, sie sind besser und billiger!" Es ist zwar eine ganze Reihe von Bata-Schuhgeschäften in Deutschland eröffnet worden, aber trotz der Preisunterbietungen hat sich das kaufende Publikum stark zurückgehalten.

Turnen - Spiel - Sport

Einteilung im Turnerhandball

Dem Beispiel des Kölner Gaus folgend, gingen auch die benachbarten Gaue zur Einteilung ihrer ersten Klasse über. Der bergische Gau spielt in zwei Gruppen zu je sechs Mannschaften. In Gruppe 1 spielen TV Dabringhausen, Remscheider TV 61, Lenneper TG 60, Bliedinghauser TV, Remscheider Tbd., TV Herbeck und in Gruppe 2, TV Jahn Remscheid, Haddenbacher TuBV., TG Hilgen, Goldenberger TV, Volksjugend Remscheid, TV Remscheid-Hasten, Remscheider TV 61.

Geschäftliches

Der vorliegenden Ausgabe liegt ein Prospekt des Hollandia Partiewarenhauses Opladen, Kölnerstraße 6, bei, auf die wir unsere Leserschaft aufmerksam machen.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

Frauenwelt und Heim

Segen und Gefahren der Sonnenstrahlen

Ferien! Das heißt mit anderen Worten: Hinaus in Licht und Luft! Und wer sehnte sich nicht nach Sonne? Gewiß, da gibts auch solche, die beim ersten bescheidenen Sonnenstrahl stöhnen und sich einen schattigen Platz in der Bahn oder im Restaurant suchen. Na, ihnen ist wohl nicht zu helfen. Die anderen wagen aber oftmals gleich zu viel, und schließlich gibt es noch so gewisse Sonnenakrobaten, das sind die, die sich die pralle Sonne auf den kahlen Schädel brennen lassen oder zum mindesten auf Brust und Rücken. Sie wollen es zwingen, in 24 Stunden ein mulattenähnliches Aussehen zu haben und sehen darin ihre Seligkeit. Mancher ist wohl durch Schaden klug geworden und läßt lieber den Vorgang des Bräunens langsam geschehen, ehe er sich ein paar Nächte lang vor Schmerzen des „Sonnenbrandes" krümmt. Nun aber nicht vom persönlichen, sondern vom gesundheitlichen Standpunkt: Wer verträgt Sonne, wer nicht?

Jeder Herzleidende sollte sich nicht unmittelbar den Sonnenstrahlen aussetzen; da Herzleidende aber zugleich oftmals Rheumatiker sind, so erscheint es ihnen als Grausamkeit, ihnen das Allheilmittel gegen Rheuma, die Sonne, vorzuenthalten. Die rheumatischen Stellen können in solchen Fällen gern der Sonne ausgesetzt werden, Kopf- und Herzgegend aber zum mindesten soll man schützen.

Auch für Lungenleiden im vorgeschrittenen Stadium oder für besondere Arten der Tuberkulose ist Sonne schädlich; in solchem entscheidet der Arzt am besten selbst.

Ein besonderes Kapitel bildet die Heilwirkung der Sonne auf die Augen. Man sieht noch Tausende, die sich ängstlich durch Sonnenbrillen gegen Sonnenstrahlen schützen. Ist das richtig? Die neue medizinische Wissenschaft verordnet, mit geschlossenen Lidern in die Sonne zu schauen, dabei den Augapfel nach allen Seiten hin zu drehen. Es soll dies ungemein stärkend für die Sehkraft sein. Bei beginnendem Star sollen durch diese Methode schon fabelhafte Erfolge erzielt worden sein.

Wie schon anfangs erwähnt, ist bei allen rheumatischen Erkrankungen die Sonne das beste Heilmittel; mancher behauptet, ihre Wirkung erhöhe sich noch dadurch, daß man das rheumatische Glied zuvor mit einem leichten wollenen Tuch bedeckt, und erst darauf die Sonnenstrahlen wirken läßt.

Jedenfalls sollen wir, wo sich uns Gelegenheit dazu bietet, den Segen der Sonnenstrahlen wahrnehmen, aber dabei doch niemals vergessen, daß auch hier, wie in allem anderen, der Begriff „mit Maßen" zum Gesetz wird.

Dore Schelling.

Der Kombucha- oder Teepilz

Eine der wenigen Bereicherungen, die der große Krieg den Völkern Europas eingetragen hat, ist die Bekanntschaft mit dem Teepilz, die russische Kriegsgefangene vermittelt haben sollen. Woher er eigentlich stammt, bleibt unentschieden; denn wenn auch der lateinische Name „fungus japonicus" auf Japan schließen läßt, versichern doch japanische Aerzte, daß er in ihrer Heimat unbekannt sei. In Indien dagegen soll der Teepilz seit Jahrhunderten als natürliches Volksheilmittel in Gebrauch sein.

Diese Heilwirkung braucht man jedoch nicht zu überschätzen, wenn auch bei Darmträgheit ähnliche günstige Wirkungen wie die der Yoghurtmilch beobachtet worden sind, ferner bei Arterienverkalkung eine Minderung des Blutdrucks bewirkt werden soll. Ein Allheilmittel ist uns auch hiermit nicht beschert. Mag man aber die gesundheitsfördernden Wirkungen des Teepilzes mehr oder weniger hoch bewerten, seine erfrischenden Eigenschaften, die Annehmlichkeit und Zuträglichkeit seines Genusses sind unbestreitbar, nur muß man sich bei der Herstellung des Kombuchatranks an die maßgebenden Vorschriften halten: z. B. muß man wissen, daß dazu keine Metallgefäße benutzt werden sollen, daß die Kultur und der damit in Berührung gebrachte Teeaufguß äußerst rein zu halten sind, daß die Aufbewahrung an einem warmen Ort unter Sicherung genügender Luftzufuhr stattfinden soll, denn die im Pilz enthaltenen Kleinlebewesen wollen atmen.

Die Zubereitung ist einfach: auf 5 Liter nimmt man 650 bis 750 Gramm Zucker, die sich in der kochenden Flüssigkeit aufgelöst haben müssen, ehe 25—30 Gramm schwarzer Tee darin ziehen dürfen. In diesen erkalteten Aufguß kommt der Teepilz, den man in einer Apotheke kaufen kann, und bleibt 10—14, im Winter 21 Tage darin. 3—4 Tage nach seiner Entfernung verrät ein angenehmer, säuerlicher Geruch und Geschmack des Aufgusses, daß er in Flaschen gefüllt werden kann, die man luftdicht verschließt, nachdem das Getränk, durch ein Leinentuch filtriert, ihnen anvertraut wurde. Hierbei muß alles möglichst schnell gehen, damit keine Kohlensäure entweicht. Die Propfen werden — wie bei Sektflaschen — durch Drahtumwicklung gesichert. Der volle Wohlgeschmack des Tranks stellt sich nach einigen Wochen der Lagerung ein. — Den Teepilz kann man zu neuem Ansatz verwenden; kann dies nicht gleich geschehen, so verwahre man ihn in einer kleinen, frischen Menge des beschriebenen Aufgusses und gebe von Zeit zu Zeit etwas aufgelösten Zucker nach. Diese Nahrung braucht er, auch austrocknen darf man ihn nicht lassen, eine etwa entstandene Trockenschicht muß entfernt werden. G.

Aus dem weiblichen Berufsleben
Die Frau im Kunsthandel

Im Kunsthandel werden zu gleichen Teilen Männer und Frauen beschäftigt, nicht nur Akademiker mit einem kunsthistorischen Doktorexamen, sondern zu gleichen Teilen Frauen, die über gesellschaftliche Fähigkeiten, über Beziehungen, nicht zuletzt über kaufmännische Begabung verfügen. Die Arbeit in einer Galerie zerfällt deutlich in zwei Gebiete: in die Tätigkeit, die sich im Büro des Geschäfts abspielt, und in den Empfang der Kunden im Ausstellungsraum. Während im Büro die Korrespondenz der Firmen zu erledigen ist, wobei Schreibmaschine und Stenographie erwünscht sind, auch Buchführung, das Führen von Kartotheken wird gefordert, beschränkt sich die Tätigkeit der Empfangsdame auf die Erledigung der Telephonate, die Führung der Kunden durch die Ausstellungsräume der Galerie, wobei selbstverständlich kunsthistorische Kenntnisse verlangt werden, denn die Frau im Kunsthandel muß in Abwesenheit des Chefs die Besucher durch die Ausstellungen führen und in jeder Beziehung auf dem laufenden sein. Es ist selbstverständlich, daß die Empfangsdame über die bestimmten Sammelgebiete ihrer Kunden orientiert ist, daß sie weiß, wo eventuell ein Gemälde unterzubringen ist und wo eine antike Uhr. Auch die Pressemitarbeiter müssen von ihr beratschlagt werden, bei den sogenannten Vorbesichtigungen für die Presse muß besonders darauf hingewiesen werden, was wirklich wichtig und von kultureller Bedeutung ist. Spezialisiert sich zum Beispiel eine Firma mehr auf kunstgewerbliche Dinge, so müssen ihre Angestellten über Innenarchitektur und damit verwandte Gebiete Bescheid wissen, müssen ihre Mitarbeiterinnen auf Auktionen die im Augenblick aktuellen Preise kennen, wie überhaupt über jedwede Strömung der Mode auf dem laufenden sein. Die Arbeit in einem Auktionshaus ist entweder propagandistischer Art, d. h. es muß die Propaganda für kommende Versteigerungen erledigt werden, die Presse und die Sammlerwelt bekommt Photos von den zur Auktion gelangenden Kunstwerken, Ankündigungen aller Art erscheinen zusammen mit Inseraten in den in- und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften. Andererseits bedarf eine Versteigerungsfirma der Mitarbeiter für ihre Kataloge, die häufig fachgemäß bearbeitet werden, wobei Kräfte in Bibliotheken oder Museen Studien treiben müssen. Sowohl im Kunsthandel als auch im Auktionswesen kommt es ebenso sehr auf persönliche Gewandtheit, rasches Erfassen der Aufgaben wie gute Kenntnisse an. Die Bezahlung erfolgt nach den üblichen kaufmännischen Bestimmungen. Dr. Olga Bloch.

Beerenobst — die köstliche Sommerspeise

Johannisbeeren, Himbeeren, Blaubeeren und Brombeeren werden zwar gerne in irgendeiner Form eingekocht, aber nicht genug roh gegessen oder zu köstlichen, sommerlichen Speisen verarbeitet. Dabei gibt es an heißen Tagen nichts Erfrischenderes, Kühlenderes als diese blauen oder rot leuchtenden Beeren des Gartens und des Waldes. Mit Milch oder Sahne stellen sie eine geradezu ideale Sommernahrung dar für jung und alt. Mit Milch oder Sahne gereicht ist es ein Nachtisch auch für festliche Gelegenheiten. Ganz herrlich mundet schaumig geschlagener weißer Käse mit Beeren gemischt oder lagenweise damit in die Glasschüssel gefüllt. Auch sei an die durststillende, wahrhaft erquickende „Kaltschale" erinnert — alle Beerenarten sind hierfür geeignet. Bei diesen Obstsuppen kommt auch das würzige Aroma der Brombeeren lieblich zur Geltung.

Brombeeren können aber, was wenig bekannt ist, roh genossen werden. Sie müssen gründlich gewaschen und von den Blättchen befreit werden. Dann mit Zucker bestreut so oder mit Milch servieren. Das gleiche gilt für die Garten- und Waldhimbeeren. Für **Brombeerenkompott** werden die Früchte mit ganz wenig Wasser, Zucker nach Geschmack, ein bis zwei Nelken, ebenso viel Zitronenscheiben und etwas Zimt bei gelindem Feuer wenige Minuten kochen gelassen. Erkaltet zu Tisch geben! Will man beliebiges Beerenkompott als Beigabe zu Mehlspeisen geben, dann etwas mehr Wasser zufügen und mit Reismehl oder feinem Maismehl sämig machen.

Der berühmte kalte **Fruchtsaft-Flammeri** der nordischen Länder, die sogenannte Rote Grütze, hat den feinsten Geschmack, wenn der Sago in dem aus frischen Beeren ausgepreßten Saft ausgequollen wird. Halb Himbeer-, halb Johannisbeer-Mischung, rote Stachelbeeren harmonieren mit sauren Kirschen. Die am einfachsten und schnellsten herzustellende Form aller Puddings, die Flammeris aus Grieß, feinem Reis- oder Maismehl reiche man nicht immer mit Obstsaft, eingezuckerte frische Beeren ergeben eine wohlschmeckende Abwechslung und — die Vitamine gehen auf diese Weise nicht verloren.

Sehr empfehlenswert für die heiße Jahreszeit sind die leicht verdaulichen **Aufläufe**, die mit den verschiedenen Beerensorten bereitet werden können. Etwa 250 Gramm Beeren weichkochen, durch ein Haarsieb rühren, nun etwa 80 Gramm Zucker, drei Eigelb und zuletzt den Schnee der Eiweiß darunter mischen, dann in der ausgefetteten Auflaufform zehn Minuten backen. Man kann auch einen leichten feinen Mehlauflauf herstellen, gibt die Hälfte der Masse in die Auflaufform, frisch eingezuckerte Beeren beliebiger Art, etwa zweifingerhoch, darauf, und dann den Rest des Teiges.

Alle Beeren eignen sich auch roh, gut eingezuckert, als **Fülle** für die kleinen **Mürbetörtchen**, die man selbst herstellt oder fertig kauft. Auch Torten und Kuchen kann man damit belegen. Eierkuchen schmecken hervorragend und sind sehr bekömmlich mit Beeren gefüllt. Man verfährt am besten auf folgende Weise: Wenn die Margarine heiß ist, die Hälfte des Teiges hineingeben und unter wiederholtem Hineinstechen mit einer Gabel backen lassen, bis die Masse etwas fest geworden ist. Nun die gewaschenen, abgetropften, mit reichlich Zucker, bei Blaubeeren auch mit etwas Zimt gemischten Beeren darantun, zuletzt die andere Hälfte des Teiges. Der Eierkuchen muß auf beiden Seiten hellgelb werden. Für **Omeletten** ist die Beerenfüllung gleichfalls geeignet. E. Bredow.

Gesunder Körper — Gesunder Geist

Körper und Geist sind Geschenke der Natur, für deren gute Instandhaltung wir verantwortlich sind. Wenn man sich nicht die Zeit nimmt, seine Glieder in dem notwendigen Maße zu bewegen, so muß man sich später die Zeit nehmen, um krank zu sein.

*

Bewegung ist für den Körper, was geistige Uebungen für den Geist sind; Körper und Geist werden dadurch erzogen.

*

Um Erfolg im Leben zu haben, muß man vor allem einen gesunden Körper besitzen.

*

Ein Mensch, der zu beschäftigt ist, um an seine Gesundheit zu denken, ist mit dem törichten Handwerker zu vergleichen, der aus lauter Geschäftigkeit sein Handwerkszeug nicht in Ordnung halten kann.

*

Das Eisen rostet, wenn es nicht im Gebrauch ist, der Körper wird krank, wenn man ihm keine Bewegung gönnt. Auch die Pflegerin muß daran denken und sich nicht unnütz aufopfern. Sie schadet sich und nützt dem Kranken keineswegs.

Olga Ebstein.

Frauen um die Dreißig

Verhältnismäßig sehen sie meistenteils noch jünger aus, als die Frauen um die Zwanzig.

Wenigstens die heutigen. Viele von ihnen gehen frisch und froh an ihre tägliche Arbeit. Und doch hätten sie manchmal Grund, weniger froh und lebensfreudig zu sein, denn — an ihnen ging das Leben vorbei, ohne daß sie es gelebt, und nun — da sie leben möchten, noch leben könnten, sind ihnen fast alle Wege dazu abgesperrt.

Wohl erkennt man an, daß sie gut aussehen, ja, daß sie schön sind, aber hört man ihr Alter, ändert sich das jäh.

Fast jeder Mann will nur mit jugendlicher Weiblichkeit verkehren. Fast jeder Mann will nur ein Weib heiraten, das jung. Nicht dem Aussehen und dem Empfinden nach, nein, das Alter ist entscheidend.

Was fragt er danach, ob dieses junge Weib in manchen Dingen wissender ist, als die Frau um die Dreißig. — Doch nein, wir wollen milder urteilen, er merkt es wohl zuerst nicht, und wenn er's merkt, ist es meistenteils schon zu spät, gibt es kein Zurück mehr, und er kann nur noch mit tiefem, aufrichtigem Bedauern zu der Frau um die Dreißig schauen und denken: „Warum hast du nicht . . ." und: „Ach, hättest du . . ."

Ja, die Einsicht kommt meistenteils zu spät. aber auf alle Fälle sollte den Frauen um die Dreißig mehr Recht auf ein Lebensglück eingeräumt und zuerkannt werden von den Männern.

Wie schon gesagt, an den Frauen um die Dreißig ging das Leben bisher vorbei.

Als sie kaum von der Schule, kam der Krieg. Er raubte ihnen fast die ganzen harmlosen Jugendfreuden. Nicht alle durften zur Tanzstunde gehen. — Hier war ein Bruder gefallen, dort der Vater, oder ein Bekannter und Verwandter, und Trauer herrschte. Dann kam die Revolution und die Inflation mit all den Nöten und Leiden und schnitt wiederum alle Lebensfreunden für die inzwischen heiratsfähigen Frauen ab.

Einige davon landeten wohl nach und nach im Ehehafen, aber die Mehrzahl blieb — sitzen. Darunter vielleicht manche, deren Jugendliebe im Kriege gefallen, und die sich nicht so rasch hatte umstellen können und an einen anderen gewöhnen.

Aber ist es denn ein schlechtes Zeichen, wenn eine Frau nur schwer vergißt, was sie geliebt? — Liegt nicht sogar eine gewisse Garantie darin für Treue? — Und könnte nicht jeder Mann mit solcher Frau unbesorgt die Ehe eingehen?

Ganz gewiß, denn sie wird ihn nur höchst selten enttäuschen, wie es so oft ein junger Kindskopf tut, der manchmal noch nicht mal die Pflichten einer Hausfrau kennt und kann.

Frauen um die Dreißig wurden noch für die Ehe erzogen. Erika Thomy.

Kleine Ursachen - große Wirkungen!

Modische Richtlinien sollten immer in aller Kürze gegeben werden. Man orientiert sich dann besser und kann gleich zur Ausführung dieser Befehle schreiten, zum Zuschneiden oder zum Modernisieren. Auf dem Orientierungsplan stehen zunächst einmal

die Hüte.

Die Schleifen werden auf den eleganten Hüten nicht mehr hinten gebunden, sondern vorn Das feine Gewebe des Panama paßt gut zu den duftigeren Kleidern, das grobe des Montelupo zum Vor- oder Nachmittagsdreß. Im Mittsommer sind die Krempen am größten!

Kleidsam ist der Turban aus farbigen Bändern, schief aufgesetzt und sehr eng um den Kopf schließend. Der weiße Turban (Weiß ist Modefarbe) zusammen mit dem kurzen, weißen Schal und weißen Stulphandschuhen wirkt immer damenhaft und ist für viele Zwecke zu verwenden.

Die Schleierchen sollte man einfach und ungemustert tragen, oft sieht man sie schon über der Kappe gebunden. Die Kappen aus Filz setzt man gerne ein wenig nach vorne auf, doch gibt es noch Anhängerinnen der stirnfreien Mode.

Und nun zum nächsten Kapitel:

Blusen, Kleider und Mäntel.

Viele bevorzugen die Wickelbluse, mit und ohne angeschnittene Schärpe. Alle Blusen haben eine möglichst knappe Form. Weiße Wolle soll, in handgestrickt oder fertigem Netzstoff, das Eleganteste für den Hochsommer sein. Großen Wert besitzt das Unterziehblüschen, bestehend aus breiten Stoffstreifen mit angesetzten halblangen oder kurzen Bauschärmeln; es verwandelt das kleine Abendkleid in ein Nachmittagskleid.

Zu gemusterten Kleidern wählt man, um sie interessant zu ergänzen, einfarbige Mäntel und umgekehrt Die Mäntel sind fast alle kragenlos, mit angeschnittenen oder vom Kleid aus überschlungenen Schals. Leinenkostüme und -mäntel eignen sich vorzüglich für den Sommer, in hellen Tönen wie Maisfarbe, Eierschalengelb oder in dem leuchtenden Flachsblau, das großen Erfolg hat. Organdi, Glasbatist und Pikee sind die Stoffe für den Abend; sie wirken sehr jugendlich, dazu gibt es die reizenden Etonjäckchen aus Samt. Die winzigen Capes über dem Rückenausschnitt sind abknöpfbar, auch Manschetten, Aermel, Blüschen, — nichts ist beständig, alles veränderlich und praktisch!

Zum Schluß noch ein Wink:

Was ist besonders schick?

Die rote Bluse zum hellgrauen Rock. Ueberhaupt die Bluse heller als der Rock. Schwarzer Rock, weiße Bluse, weißer Hut und schwarzes Sealcape. Schräge Hohlsäume in grobstoffigen Kleidern, unterlegt mit leuchtenden Farben. Ein gestricktes Westchen, das in die hellen Sportmäntel eingearbeitet wird. Bauschärmel, die bis zum Ellbogen gerafft sind, und Schmetterlingsschleifen am einseitig drapierten Ausschnitt. Durchbrochene, netzartige Gewebe, heute muß alles porös sein: Hüte, Stoffe, Strümpfe, Schuhe. Boleros, die hinten einen Gürtel angenäht haben und dadurch leicht blusig fallen, zum Unterschied gegen die glatten des Vorjahrs Als Anstecksträuße Cellophan- und Lackblumen, und lange Ketten aus Obst- und Blumenmotiven, in echtem oder unechtem Stein gearbeitet. Und zuletzt: über dem naturfarbenen Leinenkleid ein hellroter, gestrickter Pullover mit ovalem Ausschnitt ohne Aermel, der die kurzen Aermelchen und den eng um den Hals schließenden Ausschnitt des Kleides sehen läßt. Tilly.

Erziehung zur Wahrhaftigkeit

Wahrhaftige Kinder erziehen, wie macht man das? „Gib selbst ein gutes Beispiel." Die Weisung klingt einfach genug, ist aber um so schwerer zu verwirklichen. Muß man etwa nicht tagtäglich mit seiner wahren Meinung zurückhalten, aus Respekt vor den Vorgesetzten, aus Rücksicht auf Angehörige, aus Schicklichkeit gegen Fremde? Das Kind, das hiervon nichts ahnt und anbekümmert alles ausspricht, was es denkt und weiß — der Franzose nennt es „Schreckenskind" — bringt seine Eltern in tausend Verlegenheiten; zu seinem eigenen Glück, denn würde man ihm diese verfehlte Wahrhaftigkeit nicht abgewöhnen, so müßte es sich zu einem unmöglichen Menschen entwickeln. Es handelt sich also um den Erzieher darum, Aufrichtigkeit und Wahrheitsliebe zu wecken, zugleich aber auch die Tugend der Verschwiegenheit und das Taktgefühl, das zur Zurückhaltung gegen Fernerstehende verpflichtet, insbesondere zur Vermeidung von Mitteilungen, die verletzen oder betrüben können. Ein Kind muß erkennen lernen, daß es die Tragweite vieler Dinge noch nicht beurteilen, folglich auch nicht darüber mitreden darf, es sei denn zu den Eltern selbst, denen es schrankenloses Vertrauen schuldet, mithin vorbehaltlose Wahrhaftigkeit

M. W.



19

„Ich danke Ihnen, Oberst Charkot, und Ihnen, meine Herren Offiziere. Hören Sie meine Befehle. Rufen Sie das Regiment auf. Es soll auf dem Kasernenhof Aufstellung nehmen. Ich will mit den Soldaten reden. Und zum zweiten: Verhaften Sie den Gouverneur Madelkow, der hinter den Gewerkschaften steht."

Der Oberst trat vor. „Ihren Befehlen wird entsprochen, Herr Karner!" Dann wandte er sich zu seinen Offizieren. „Hauptmann Serelow, Leutnant Patterieff, der Herr Gouverneur ist unser Gefangener. Ich erteile Ihnen den Befehl, ihn ins Gefängnis des Regiments zu bringen."

Der Gouverneur protestierte heftig.

Karner sagte kalt: „Sorgen Sie nicht um Ihr Leben, Herr Gouverneur. Ich mache Sie unschädlich, Sie und alle, die hier wider mich sind, ohne Ihr Leben und Ihr Wohlergehen anzutasten."

Der Gouverneur wurde trotz seines Sträubens abgeführt.

Die Soldaten waren in heftiger Aufregung. Sie traten auf dem Kasernenhof an.

Die Offiziere mit dem Obersten erschienen, und Karner kam mit dem Moskauer Militär.

Die Truppe stand in Reih und Glied.

Karner schritt die Front ab und musterte jeden einzelnen Soldaten.

„Wie heißt, du, mein Freund?" fragte er einen Mann.

„Peter Kramacy!" stotterte der Soldat.

„Peter Kramacy," begann Karner wieder, „sage mir, liebst du Rußland?"

„Ich liebe Rußland!" Des Soldaten Stimme war fester geworden.

„Wenn du Rußland liebst, so wirst du deinem Vaterlande dienen. Du wirst mir und den Meinen Helfer sein, damit ich den Aufbau Rußlands vollenden kann. Stehst du zu mir, oder dienst du dem Gewerkschaftsdirektorium, das mein Werk zerschlagen soll und das mit ausländischen Geldern gespeist wird?"

„Ich diene dir," sagte der Soldat begeistert.

Nun wandte sich Karner den Soldaten zu und sprach mit lautschallender Stimme: „Kameraden, ihr habt gehört, was der Soldat Peter Kramacy sprach. Seid ihr genau so wie er meinem Werke treu? Wer wider mich ist und meine Befehle nicht respektieren will, der trete aus dem Glied!"

Wieder einmal errang die Persönlichkeit Karners einen entscheidenden Sieg.

Keiner trat heraus.

Dr Augenblick war erhaben für Karner, General Porak und die anderen Offiziere.

* * *

Das Volk von Petersburg war in Aufregung.

„Was sucht Karner in der Kaserne? Was beabsichtigt er? Glaubt er, in dem Regiment eine Stütze zu finden?" so fragte man sich.

Der große Platz vor dem Haus der Gewerkschaften, einem gewaltigen Neubau aus rotem Granit, war von einer ungeheuren Menschenmasse belebt.

Plötzlich ging eine neue Nachricht unter den Massen um: Karner sei in die vier anderen Kasernen gefahren, ohne den Gouverneur, den er habe verhaften lassen.

Die Masse wurde aufgeregt.

Plötzlich hieß es: „Karner kommt!"

Die Spannung unter den Tausenden wuchs

Das dritte russische Reiterregiment, das auch in Petersburg lag, rückte mit klingendem Spiele an.

Die Menge wich zurück.

An das Reiteregiment schlossen sich die in Petersburg liegenden Infanterieregimenter an.

Was hatte das zu bedeuten?

In mustergültiger Ordnung rückten die Truppen an. Sie nahmen vor dem großen Gewerkschaftspalast Aufstellung.

Unaufhörlich spielte die Musik.

Endlich kam Karner.

Neben ihm im Auto saß der Moskauer General Porak mit seinen Offizieren.

Das Auto fuhr am Gewerkschaftshaus vor.

Abwartend stand die Masse.

Karner stieg aus und schritt die Treppe hinauf. General Porak, die Stabsoffiziere und die Obersten der vier Regimenter folgten ihm.

* * *

Das Direktorium der Gewerkschaften war unter dem Vorsitz Tschernons im kleinen Tagungssaal versammelt. Die Herren warteten auf Karner.

Als sie hörten, daß Karner den Kasernen einen Besuch abgestattet hatte, waren sie betroffen. Was wollte der Diktator dort? Glaubte er, das Heer für sich gewinnen zu können?

Ihre Bestürzung wuchs, als die Truppen anrückten.

Wer hatte Befehl dazu erteilt?

Alle blickten auf Smirnow, den Kommandierenden der Truppen von Petersburg.

„Genosse Smirnow," sagte Tschernon erregt, „die Truppen ziehen auf! Hast du Befehl erteilt?"

„Nein!" entgegnete Smirnow. „Die Regimenter haben Order abzuwarten. Ich verstehe nicht . . ."

Er blickte zum Fenster hinaus, sah das Automobil anfahren und Karner aussteigen. Er wurde bleich, als er bemerkte, daß Karner zusammen mit den Offizieren das Gewerkschaftshaus betrat.

„Ich muß hinunter zu den Truppen!" keuchte er und schickte sich an, den Saal zu verlassen.

aber schon wurde die Tür geöffnet.

Karner erschien mit den Offizieren.

Die achtzehn Mitglieder des Gewerkschaftsdirektoriums erhoben sich.

„Guten Tag, meine Herren," sagte Karner ruhig. „Ich bin gekommen, um Ihnen zu sagen, daß Ihre Rechnung nicht stimmt. Die Regimenter stehen zu mir. Ich erkläre Sie kraft meiner Stellung als Diktator für verhaftet."

Diese Worte entfesselten ungeheure Aufregung.

Tschernon schrie Karner zu: „Sie spielen mit dem Leben! Sehen Sie nach unten! Die Masse wird nicht dulden, daß man uns Gewalt antut!"

„Das soll sich erweisen!" entgegnete Karner kalt. „Ich bitte Sie, mir zu folgen. Ich versichere, daß Sie in der besten Weise behandelt werden."

Die Mitglieder des Direktoriums, überzeugt, daß das Volk hinter ihnen stehe, folgten Karner und den Offizieren.

Unten spielten unaufhörlich die Kapellen der vier Regimenter.

Die Mitglieder des Direktoriums stiegen in die bereitstehenden Autos.

Tschernon erbleichte. Ein Fluch entfloh seinem Munde. Er erkannte, daß sie verspielt hatten Der Gegner war mächtiger, als sie gedacht.

Die Reiter versperrten den Blick. Das Volk konnte die Vorgänge nicht erkennen. Dazu schmetterte die Musik über den großen Platz, und die Menge stand wie gebannt. Kein Ton aus Tschernons Munde konnte die Menge erreichen.

„Sie haben die Schlacht gewonnen, Herr Karner!" sagte Tschernon und sah Karner mit einem Blick voll Haß an.

Karner stand gleichgültig und tat, als höre er Tschernons Worte nicht.

Das Direktorium ergab sich ohne Widerstreben.

Karner hatte fürs erste gesiegt.

Die wartende Menge sah sieben geschlossene Autos inmitten der Reiter abfahren. Das Fußvolk folgte.

Keiner wußte, was das alles zu bedeuten hatte.

Was war geschehen?

Während die Mitglieder des Direktoriums unter militärischer Bewachung nach Moskau gebracht wurden, nahm Karner im Hotel Niklaus Quartier.

Bereits um die fünfte Nachmittagsstunde erließ er seine erste Verordnung:

„Die Aufgabe, das große russische Reich neu aufzubauen und dem russischen Volke voll zu erschließen, zwang mich, die Mitglieder des Direktoriums der Gewerkschaften zu verhaften. Sie sind nach Moskau überführt worden, und ich werde dafür sorgen, daß es unmöglich ist, daß sie noch einmal hindernd in mein Werk eingreifen.

Ich löse mit dem heutigen Tag die russischen Gewerkschaften auf und bestimme, daß die russische Arbeiterschaft von heute ab dem Arbeitsamt untersteht, das mit der Wahrnehmung seiner Rechte betraut wird. Ich erwarte, daß der russische Arbeiter so viel soziales Empfinden in sich hat, um zu erkennen, daß vorerst den Aermsten der Armen geholfen werden muß. Meine Arbeit gilt der Gesamtheit, dem russischen Arbeiter, wie dem russischen Bauern und den anderen Bevölkerungsschichten, nicht einer Kategorie. Wenn meine Arbeit fruchtbar sein soll, dann muß Gerechtigkeit die Grundlage sein.

Ich fordere den russischen Arbeiter auf, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Arbeitsarmee ist im Begriff, das brachliegende Land in Rußland zu erschließen. Alle diejenigen Arbeiter, die sich wieder der Landwirtschaft zuwenden wollen, mögen dies auf den Arbeitsämtern angeben. Hunderttausend Bauernhöfe mit je 100 Acker Land suchen ihre Herren.

Martin Karner."

Diese Proklamation erweckte ungeheures Aufsehen. Das Volk war im ersten Augenblick über die Gewaltmaßnahmen Karners empört, aber die Empörung dauerte nicht lange, denn die Masse hatte doch nicht ganz einmütig hinter den Diktatoren der Gewerkschaft gestanden.

Und die gesunde Vernunft des russischen Volkes setzte sich durch. Karner, der ruhig und unerschrocken noch weiter im Hotel wohnte, imponierte den Menschen außerordentlich. Sie bekamen doppelten Respekt vor dem Manne. Sie erkannten, daß er den richtigen Weg ging.

Am dritten Tag, da er in Petersburg weilte, jubelte ihm das Volk genau so zu, wie es in Moskau geschehen war.

Er hatte auch Petersburg erobert, und nun endgültig.

Eines hatte das Volk besonders erregt, eines war ein meisterhafter Schachzug, der nicht unwesentlich zur Beruhigung des Volkes beigetragen hatte, die Worte: „Hunderttausend Bauernhöfe suchen ihre Herren."

Es gab in Petersburg wohl an die vierzigtausend Menschen, die einen Bauernhof suchten. Unzählige Bauernsöhne, die zu Hause kein Auskommen fanden, waren nach der Stadt abgewandert und schafften als Arbeiter und Soldaten.

In diesen wurde die Sehnsucht nach der Scholle wieder wach.

* * *

Feodora Tomary hatte unermüdlich nach Wladimir Rostoff gesucht.

Zwanzig Detektive hatte sie in Deutschland laufen, aber alle Recherchen waren erfolglos geblieben.

Rostoff war wie von der Welt verschwunden.

Feodora war über ihren Mißerfolg ganz verzweifelt und beschloß, mutlos geworden, wieder nach Moskau zurückzukehren.

Da half ihr das Schicksal.

Sie schritt auf der Potsdamer Straße und kam an einer großen Buchhandlung vorbei. Interessiert sah sie die Auslagen im Schaufenster an.

Und sie erschrak.

In einem Schaufenster stand ein Buch in hellblauem Einband, auf dem in Goldbuchstaben zu lesen stand:

Wladimar Rostoff: Acht Jahre Generalkommissar und Generalrevisor der russischen Regierung.

Feodora stürzte in den Buchladen.

Ein Verkäufer erkundigte sich nach ihren Wünschen.

„Sie haben in Ihrem Schaufenster ein Buch . . . Rostoff: Acht Jahre Generalkommissar . . ."

„Ganz recht, gnädiges Fräulein. Ganz neu erschienen. Soll hochinteressant sein."

„Ich möchte es haben."

Feodora bezahlte, verließ aufgeregt mit ihrem Schatz den Laden und schritt nach dem Potsdamer Platz. Bald saß sie im Vorgarten von Josty. Sie bestellte sich einen Mokka, dann sah sie das Buch an.

Ihr Herz zitterte, als sie Rostoffs Bild betrachtete, das im Buch enthalten war. So hatte sie ihn gesehen vor Jahren, als er um sie geworben, als sie ihn in einer unbegreiflichen Laune zurückgestoßen.

Sie suchte nach dem Verleger: Georgi in Berlin. Das war günstig. Am nächsten Tag wollte sie dem Verleger einen Besuch abstatten und ihn um Rostoffs Adresse bitten.

Jetzt mußte sie ihn finden

* * *

Ramsay, der unermüdliche Leiter des britischen Geheimdienstes, der Todfeind Karners, war tief befriedigt, als er von dem Streikbeschluß der Gewerkschaften hörte.

Kapitän Mok, seine rechte Hand, ein Schotte, war bei ihm

„Es steht nicht ungünstig, Kapitän!" sagte Ramsay. „Unser Geld hat gut gearbeitet. Karner findet ein Hindernis, das bewältigt sein will. Er befiehlt die Verhaftung der Mitglieder des Direktoriums. Wie finden Sie das, Kapitän?"

Kapitän Moks Antlitz blieb unbeweglich. Es war ein kühles Gesicht, bartlos, lang, schmal, das nichts verriet. Nur die starken grauen Augen zeugten von Willenskraft und Geistesschärfe.

„Sir Ramsay," sagte er ruhig, „diesem Karner ist tatsächlich alles zuzutrauen. Hätten Sie erwartet, Sir, daß Karner sich sofort in die Höhle des Löwen begibt? Ich bin wirklich gespannt, was er in Petersburg schafft. Entweder wird er Herr des Aufstandes, oder er kommt in den Wellen des Aufstandes um."

Sir Ramsay trommelte nervös mit den Fingern auf der Schreibtischplatte.

Dann fragte er plötzlich: „Haben Sie vor einigen Tagen Karners seltsamen Funkspruch in vier Sprachen gehört? Er sucht einen gewissen Wladimir Rostoff, der einmal Generalkommissar der Sowjetregierung war. Ich kann mich nicht recht entsinnen, was dieser Mann für eine Rolle in Rußland gespielt hat. Kennen Sie ihn?"

Kapitän Mok nickte. „Ich kenne ihn. Er genoß damals das Vertrauen Stalins, der ihn kurz vor seinem Tode in die Stellung einsetzte. Ich lernte Wladimir Rostoff vor drei Jahren kennen, wo er — obwohl er nach außen nicht sehr in Erscheinung trat — eine der bedeutendsten Persönlichkeiten war. Man nannte ihn sogar den mächtigsten Mann Rußlands. Er überwarf sich mit Tanoff und ging. Seitdem hat man nichts wieder von ihm gehört. Aber er scheint in Deutschland zu weilen, denn vor wenigen Wochen erschienen seine Memoiren über seine achtjährige Tätigkeit als Generalkommissar und Generalrevisor der russischen Sowjetregierung."

Ramsay überlegte. „Sagen Sie, Kapitän, halten Sie den Mann für gefährlich? Kann er, wenn er Karners Ruf folgt, Rußland sehr nützen?"

„Zweifellos!" antwortete Mok, ohne sich zu besinnen. „Es ist eine überragende Persönlichkeit, die gemeinsame Züge mit Karner hat. Die Leute, die Karner auf diesen Mann aufmerksam machten, taten uns einen schlechten Dienst."

Ramsay stand auf und sagte fest: „Dann müssen wir verhindern, oder zu verhindern suchen, daß Rostoff nach Rußland geht. Durch den deutschen Buchverleger wird es uns ein leichtes sein, zu erfahren, wo sich Rostoff aufhält. Wen können wir schicken, Kapitän?"

Mok überlegte und zuckte dann die Achseln. „Diese Aufgabe, Sir," sagte er gedehnt, „braucht einen geschickten und auch sehr energischen Mann. Ich habe keinen zur Verfügung. Es sei denn, daß wir unseren Berliner Beobachter Mr. Welling damit betrauen."

Ramsay überlegte und nickte dann. „Ja, Welling ist geschickt. Er paßt dazu. Aber wen senden wir an seine Stelle?"

„Wenn es Ihnen recht ist, Sir, Miß Mabel Shortbey."

Ramsay war damit einverstanden.

Ein Geräusch unterbrach dann die eingetretene Stille.

Kapitän Mok trat zu dem Rohrpostkasten und entnahm ihm einige Papiere.

„Anscheinend neue Nachrichten, Sir!"

Ramsay nahm erregt die Telegramme. Sein Kopf ging ganz tief, denn er war kurzsichtig.

Ramsay erschrak und schlug auf den Tisch. „Damneed!" fluchte er.

Mok fuhr zusammen. Ramsay fluchte nie, er war immer ruhig und korrekt.

Ramsay sah Mok erregt an. „Die dreißigtausend Pfund waren umsonst!" sagte er heiser. „Dieser Karner hat die Gewerkschaften bezwungen. Er ist Herr von Petersburg. Patsy ist ausgewiesen worden, ebenso die anderen der Kompagnie. Wir haben eine Festung verloren."

Mok las die Depeschen und schüttelte den Kopf. „Unfaßbar! Langsam beginnt mir vor diesem Titanen zu grauen, Sir Ramsay. Was kein anderer vermag, er schafft es."

„Er muß zu Boden!" schrie Ramsay erregt.

Lange stand er schweratmend am Fenster, dann wandte er sich wieder Mok zu.

„Ein Glück, daß Stake zurück ist und wir genau wissen, wo das Karnerwerk liegt. Jetzt wird die schwarze Brigade heranmüssen."

Mok sah zu Boden und sagte langsam: „Sir Ramsay, ich würde es mir sehr, sehr überlegen, ehe ich das tun würde. Verkennen Sie nicht die Gefahren, die ein solches Vorgehen mit sich bringt."

„Es geht um England!" sagte Ramsay hart. „Schicken Sie mir Stake. Er soll mir noch einmal berichten. Und dann . . . fahren Sie nach Berlin und unterrichten Sie Welling."

* * *

Jost Hartmann hatte seinen Berliner Verleger besucht und die Zusicherung erhalten, daß die Firma unter allen Umständen seine Adresse geheimhalten werde.

Beruhigt kam Jost zurück. Frau Marthe, die im Lehnstuhl saß, war glücklich. Sie hatte jetzt außer der älteren Magd noch ein junges Mädchen im Haus, die Tochter des Holzfuhrmanns Karl Hagemann, das den Kleinen liebevoll betreute und Frau Marthe alles zuliebe tat, was sie ihr von den Augen ablesen konnte.